

Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Witthmannstr. 17) bei G. H. Altkirch & Co. Breitestr. 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei F. Streifand, in L. eseritz bei Ph. Mathias.

# Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. F. Daube & Co., Haafenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 293.

Mittwoch, 28. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Petitzeile oder deren Raum, Neklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Deutscher Reichstag.

39. Sitzung.

Berlin, 27. April, 12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Bitter, Scholz, v. Philippsborn, v. Kufferow, Neuleug u. A.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Abstimmung über die geschäftliche Behandlung der Novelle zum Münzgesetz, die am 24. d. M. wegen Beschlussunfähigkeit des Hauses ohne Nejutritt gelieben war. Da sich die Bänke des Hauses erst im Verlaufe der Sitzung leiser zu füllen pflegen, so beantragt Abg. Witte, offenbar um der Möglichkeit einer Wiederholung des Vorgangs vom 24. d. M. vorzubeugen, die Abstimmung erst nach dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung vorzunehmen. Das Haus beschließt, wie Abg. Witte es beantragt hat, und tritt also zunächst in die zweite Berathung des Gesetzesentwurfs betr. die Unterstützung der deutschen Seehandelsgesellschaft ein.

Abg. Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst: Gestatten Sie mir, das ich mit einigen Worten mein Votum über die uns vorliegende Frage begründe. Nachdem Se. Majestät der Kaiser mich zur Führung der Geschäfte des Staatssekretärs im auswärtigen Amt provisorisch berufen haben, kann ich heute der Befürchtung nicht Herr werden, daß aus meinem Stillschweigen ungünstige Folgerungen gezogen werden können und daß insbesondere dem Gerücht neue Nahrung gegeben werde, welches behauptet, die Reichsregierung lege geringen Werth auf die Annahme der Vorlage. Ich bin in der Lage, Ihnen auf das Bestimmteste versichern zu können, daß die Reichsregierung großen Werth auf die Vorlage legt und daß sie die Verwerfung derselben aufrichtig bedauern würde. Es kann dies auch nicht anders sein nach allen den Opfern, welche in den letzten Jahren für den Handel in der Südsee gebracht worden sind. Der Handel in der Südsee hat denn auch einen erfreulichen Aufschwung genommen. Die zahlreichen Firmen, welche auf jenen Inselgruppen Geschäfte gegründet haben und deren Namen in der letzten Debatte erwähnt wurden, beweisen dies. Die An siedlungen auf Samoa und den andern Südpazifik sind nicht nur an sich von großem Werth, sie haben auch dadurch eine besondere Bedeutung, daß der Waarenverkehr auf den Südpazifik den Schiffen, die zwischen Australien und Europa fahren, eine gesicherte Rückfahrt bietet. Es ist nun zwar behauptet worden, daß die projektirte Handelsge sellschaft für die Samoainseln damit in keiner Verbindung stehe und daß Handel und die Schiffahrt auch ohne diese Handelsge sellschaft gedeihen werde. Ich glaube, daß sich die Gegner der Vorlage über den moralischen Eindruck, den das Scheitern der Seehandelsge sellschaft hervorbringen würde, nicht vollkommen klar sind. Es ist eine bekannte Thatsache, daß der Handel mit un kultivirten Völkern nur dann gedeiht, wenn diese rohen Volksstämme durchdrungen sind von der Macht der Nation, mit der sie in Verkehr stehen. (Sehr richtig!) Nun würde das Verwerfen der Vorlage die Folge haben, daß die An siedlung von Samoa in andere Hände überginge, eine An siedlung, auf der die westliche Flagge weht und die mit einer gewissen, ich möchte sagen, wohlberechtigten Ostentation ins Leben gerufen worden ist. Dieser Uebergang in andere Hände, das Abnehmen der deutschen Flagge und das Aufsteigen der englischen oder amerikanischen oder irgend einer andern Flagge würde entschieden den Eindruck auf die dortige Bevölkerung, sei es einheimische oder fremde, hervorbringen, daß Deutschland hier eine Niederlage erlitten hat. Ich gebe zu, daß der Eindruck ein trüger wäre, aber Sie werden nicht bestreiten können, daß dieser Eindruck auf urtheilslose Menschen hervorgebracht werden muß. Ich streite hier nicht über die Rentabilität der Südseege sellschaft, auch nicht über die Opportunität, obwohl ich die letztere aus voller Ueberzeugung zugebe, allein das werden Sie nicht in Abrede stellen können, daß das Aufgeben des einmal gefaßten Projekts die nachtheiligsten Wirkungen hervorgerufen wird. Zum Schluß muß ich noch auf eine Aeußerung des verehrten Abgeordneten für Bingen (Dr. Bamberger) zurückkommen. Derselbe sagte: Warum soll das Haus Godeffroy unterstützt werden? Ursprünglich hängen damit Persönlichkeiten zusammen, die heute nicht genannt werden und der Herr Abgeordnete nennt dann sofort den verstorbenen Herrn v. Bülow. Ich bin nun der Meinung, daß der Abg. Bamberger nicht die Absicht gehabt hat, den verstorbenen Staatssekretär zu beschuldigen, er habe sich bei der Förderung des Unternehmens von eigennütigen Motiven leiten lassen (Abgeordneter Dr. Braun: Kein Wort davon ist gesagt!), aber jene Worte können diese Deutung in den der Sache fernstehenden Kreisen hervorrufen und ich muß Sie deshalb auf das Entschiedenste zurückweisen. Der Charakter des Mannes, der in treuer, aufopfernder Thätigkeit seinem schweren, mühevollen Berufe erlegen ist, steht zu hoch, daß ich noch weiter ein Wort zu seiner Vertheidigung beizufügen habe. (Beifall rechts.)

Abg. Löwe (Berlin): Im Grunde hat keine Partei im Hause wie im Vaterlande ein eigentlich tief gehendes sachliches Interesse an dieser Angelegenheit. Die Abgg. v. Benda und Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, indem sie die Politik des Reichskanzlers unterstützen wollen, haben zugleich, wenn man ihre Aeußerungen in klarem Deutsch übersetzen will, zugegeben, daß das Unternehmen selbst als verfehlt zu betrachten sei. Aber sie wollen die Politik der Regierung bedenken, weil man einmal einem fait accompli gegenübersteht. Wenn die große auswärtige Politik von 1866 und 1870 jetzt davor steht, ein geschäftliches Unternehmen in den Südpazifik sicher zu stellen, so kann man auf diese Basis jener Politik gerade nicht stolz sein. Hier wird das Reich in Anspruch genommen für ein verträgliches Unternehmen, das durch die Convention auch nicht weiter kommen wird als zu einer eventuellen Verfrachtung auch mit der Garantie, und was wollen Sie thun, wenn die Garantiezeit zu Ende ist? Sie werden eine neue Garantie geben müssen. Sie sagen: wir wollen die Garantie genießen, um die deutsche Flagge dort hochzubalten. Heute ist die deutsche Flagge dort gar nicht weggelassen. Was Deutschland thun will zum Schutz seiner Unterthanen im Auslande, das kann es thun, auch ohne Geschäfte zu machen. Das ist eine unwürdige Stellung, die man uns zumuthet. Auch ist die Position, die wir uns dadurch für unsere auswärtige Politik schaffen, eine ziemlich bedenkliche. Wir schieben uns mit unserer kleinen maritimen Macht zwischen England und Nordamerika auf dieser kleinen Inselgruppe. Eine Zeitlang mag ja dieser dritte dort geduldet werden, wenn er sich geschäftlich eindrängt; aber wenn dort ein Konflikt ausbricht, dann fällt unserer Marine keine sehr leichte Aufgabe zwischen so viel mächtigeren Flotten zu und werden die immer mehr erstarkenden australischen Kolonien diese Inseln in fremdem Besitz lassen? Wer wandert denn nach Samoa aus, wo am Ufer Palmen nach einigen Jahren etwas Schatten geben, in dem etwas Woods wachsen kann? Der Auswanderer sucht und findet ein besseres Loos und Ziel.

Auch haben wir bei unserer jetzigen Finanzlage nicht das Recht, 300,000 Mark jährlich zu verschenken. Ist aber die Garantiezeit abgelaufen und die Aktien fangen an werthlos zu werden, dann wird der kleine Kapitalist, der seine ehrlich erworbenen paar Thaler in diese Aktien gesteckt hat, einen Schrei der Entrüstung erheben. Sie mögen das alte und das neue Geschäft durch noch so feine juristische Definitionen unterscheiden, im Munde des Volkes wird es verfrachtet bleiben, und damit wollen Sie eine neue Kolonialpolitik inauguriren? Suchen Sie doch dann wenigstens nach eigenem Ermessen einen dazu geeigneten Punkt aus, wo Sie keine schlechte Wirtschaft zum Vorgänger haben!

Abg. v. Bunsen: Ich werde versuchen, das Haus auf das eine große der Vorlage zu Grunde liegende Prinzip zurückzuführen, welches in der Debatte noch nicht genügend berücksichtigt ist. Dieses Prinzip besteht darin, „in den außerhalb der ausschließlichen Machtphäre anderer Staaten liegenden Gebieten die Gleichstellung und volle Gleichberechtigung Deutschlands und seiner Angehörigen mit den meistbegünstigten Nationen zu sichern.“ Aus diesen Worten der Motive ent schließt sich von Neuem, wie mehrfach im Leben des Reichskanzlers ein bestimmtes großes Prinzip. Die große Mehrheit dieses Hauses billigt sicher diesen unanfechtbaren Grundsatz, der nur bis jetzt niemals einen so bestimmten und klaren Ausdruck wie hier gefunden hat. Man hat bisher nur die Kolonisirung durch Annexion des fremden Landes an das Heimathland gefannt. Das hier aufgestellte Prinzip ist ein vollständig anderes und neues. Es überläßt die fremden Länder wesentlich sich selbst, läßt sie durch eingeborene Fürsten nach ihren heimischen Gesetzen und Formen verwalten und trachtet nur mittelbar auf ihre Verwaltung einen Einfluß zu gewinnen. Dieses Prinzip zielt ferner darauf hin, daß solche noch unabhängige Ländergebiete nicht von einem europäischen oder amerikanischen Staate unter seine alleinige Herrschaft gebracht werden. Dieses Prinzip ist der beste Ausdruck des Freihandelsprinzips. Ein Hauptmal der Firma, in deren Planaugen wir jetzt eintreten sollen, war, daß durch seinen Einfluß auf den Südpazifik die anderen Firmen zurückgedrängt wurden. Dieser berechtigte Vorwurf fällt durch die Ausführung der Vorlage sicher fort. Wenn auch die Verwaltung Schwächen und Irrthümer zeigen sollte, so wird doch die Reichskontrolle dafür sorgen, daß keine individuelle Firma einen Vorrang vor den andern gewinne. Die Verhandlungen des vorigen Jahres mit Samoa, die wir in dem überwiesenen Material finden, halte ich für ein Meisterstück. Sie wurden wahrlich nicht erleichtert durch die Unkenntnis der Insulaner und den Druck, der von Australien und Kalifornien auf sie ausgeübt wurde und noch immer ausgeübt wird. Dieses Resultat einer fortwährenden und mühevollen Diplomatie ist gar nicht genug anzuerkennen. Ist die Vorlage einmal abgelehnt, so ist sie zweifellos zum Schaden Deutschlands in dieser Beziehung die letzte. Ich empfehle deshalb die Vorlage Ihrer Annahme. (Beifall.)

Abg. Fürst v. Hohenlohe-Langenburg: Die Behauptungen der Gegner und der Vertreter der Regierung stehen sich ziemlich gleichmäßig gegenüber. Ich gebe ja zu, daß der pekuniäre Gewinn in der ersten Zeit sehr brillanter sein wird, auf der anderen Seite aber haben die Herren Bamberger und Meier die Sache sehr dunkel gefärbt. Das Richtige wird wohl in der Mitte liegen. Vor Allem muß ich aber entschieden dagegen protestiren, daß die Anhänger der Vorlage die Absicht haben, das Haus Godeffroy damit über Wasser zu halten. In dem Moment, wo die Seehandelsge sellschaft den Godeffroy'schen Besitz acquirirt, hört jede Verbindung mit dem Hause Godeffroy auf und ein ganz neues Unternehmen wird ins Werk gesetzt. Dabei setze ich bestimmt voraus, daß sowohl die Mitglieder der Seehandelsge sellschaft, als auch der Regierungskommissar die Augen aufhalten, wenn dieser Besitz acquirirt wird, damit nicht die Seehandelsge sellschaft und indirekt das Reich für den Besitz zu hoch bezahlt, sondern den richtigen Werth dafür erlegt. Die Ausführungen des Abg. Bamberger ließen vermuthen, als ob der Herr Reichskanzler bei der Sache dipirt worden sei, es wurde angedeutet, daß unsere Schiffs kapitäne eigentlich mehr oder weniger bei ihren Berichten durch den Kon sul Weber und dieser wieder durch die Interessen des Hauses Godeffroy beeinflusst worden seien. Nun, meine Herren, glaube ich doch, daß der Herr Reichskanzler früher aufgestanden als von mancher Seite behauptet wird und sich klar bewußt war, weshalb er die Handelsunternehmungen in der Südsee so wesentlich unterstützt hat. Der Abg. Löwe (Berlin) hat mit Emphase hervorgehoben, hier sei endlich einmal eine Position, wo wir Opposition machen könnten gegen ein fait accompli der auswärtigen Politik des Reichskanzlers. Wenn Sie diese Vorlage als Probestein für die Macht des Parlaments ansehen wollen, um Opposition gegen den Reichskanzler zu machen, so scheint mir das doch ein verfehltes Vorgehen und der Abg. Löwe hat denn auch hinzugefügt, er hoffe, daß von diesem Anfang künftighin öfter Opposition gemacht werde gegen die auswärtige Politik des Reichskanzlers. Die Mehrzahl des Hauses geht doch wohl von der Ansicht aus, daß gerade unsere auswärtige Politik in seinen besseren Händen sein kann, als in denen des Reichskanzlers. Bei aller Hochachtung, welche ich für das kaufmännische Verständnis der Abgg. Bamberger und Meier habe, glaube ich doch hier, wo es sich um vorzüglich politische Fragen handelt, dem Urtheile des Reichskanzlers mehr vertrauen zu können. Der Abg. Löwe (Berlin) wird weniger beurtheilen können, ob die Ehre unserer Flagge bedroht ist, wenn wir dieses Unternehmen aufgeben, als der in dieser Frage wahrscheinlich genauer instruirte Abg. Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst. Er hat immer auf die Gefahren hingewiesen, denen unsere Marine bei einem etwaigen Konflikt in der Südsee mit Amerika und England ausgesetzt sei. Wenn wir aber immer bloß fragen, welche Gefahr uns etwa drohen könnte, dann kämen wir zu nichts. (Sehr richtig! rechts.) Ich bitte Sie daher im Interesse der Hochhaltung unserer Flagge, daß Sie für die Vorlage stimmen. (Beifall rechts.)

Kommissarius Geh. Rath Professor Neuleug: Wenn mir heute die große Ehre zu Theil wird, vor dem hohen Hause in der Samoa-Angelegenheit zu sprechen, so geschieht dies einzig und allein darum, weil ich vor ganz kurzer Zeit aus jenen Gegenden zurückgekehrt bin, nachdem ich als Kommissar des Reiches bei der Weltausstellung in Sidney die Interessen des Reiches vertreten habe. Die Samoafrage steht nicht isolirt da; die Errichtung von Konsulaten, die Dinausendung von Schiffen unserer Marine, der Abschluß mehrerer Verträge, die dem Reichstage vorgelegen haben, Alles hat zusammen gewirkt, um unsere Handelsbeziehungen in der Südsee zu heben, zu beleben und zu besichern. Als im vorigen Jahre vom hohen Hause beschlossen wurde, daß Deutschland bei der Weltausstellung in Sidney amtlich vertreten sein solle, waren auch die Beziehungen unseres

Südseehandels mit in Betracht genommen. Man hat sich eigentlich damals kein recht klares Bild gemacht von dem, was Deutschland auf einer Weltausstellung in Australien lernen, leisten und erwerben könne. Ich fand, daß diese Länder zur Anknüpfung lebhafter Handelsbeziehungen mit unserem Vaterlande besonders geeignet sind. Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Australien hatten die eigenthümliche Form, daß die deutschen Güter auf englischen Schiffen von englischen Häusern dorthin gebracht wurden, so daß in den Kolonien Neu-Südwalles, Victoria, Neu-Seeland, Süd-Australien der deutsche Handel gar nicht vorkommt; nur in Queensland werden die deutschen Waaren besonders notirt; dabei zeigt sich aber, daß die Ziffer außerordentlich gering ist. Als Ziffer der Einfuhr von Manufaktur sind 1000 Millionen Mark genannt worden. Diese Zahl ist zu hoch. Es ist dabei der Irrthum begangen, daß die Einfuhr der Kolonien einfach zusammengerechnet wird, ohne daß man dabei berücksichtigt, daß ein Theil davon nur Verkehr von Kolonie zu Kolonie ist. Die wirkliche Einfuhr beträgt ca. 700 Millionen Mark, von denen 95 Prozent auf England entfallen. Woher kommt diese hohe Einfuhr von 280 Mark pro Kopf, während wir eine Einfuhr von nur 80 bis 85 Mark pro Kopf haben? Der Boden in Australien ist schwer zu bearbeiten, ergiebig nur in den Flußniederungen. Diesem Boden können die Feldfrüchte nicht auf einmal abgerungen werden, deshalb ist die Schafzucht die Vorgängerin der Landwirtschaft geworden. Es fehlt dem Lande die Industrie; in dieses Vacuum ist England eingetreten. Deutschlands Handel dahin ist bisher nur wenig entwickelt gewesen; er kann auch nicht weiter sich entwickeln, wenn nicht eine direkte Schiffsverbindung eingerichtet wird. Die direkte Verbindung mit Australien läßt sich ganz natürlich ableiten aus der Thätigkeit der zu bildenden Südseege sellschaft. Der Handel mit den Inseln der Südsee ist bisher so geführt worden, daß größere Schiffe von Australien aus den Archipel besucht haben, die dann Monate brauchten, um die Waaren einzusammeln, die dann nach Europa, insbesondere nach Deutschland gebracht wurden. Aus der in den Motiven enthaltenen Tabelle ist zu ersehen, daß die deutschen Schiffe trotz ihrer geringeren Zahl doch eine viel größere Menge von Gütern befördert haben. Diese Methode hat sich aber als unpraktisch herausgestellt; es ist viel einfacher, wenn ein direkter Verkehr zwischen Australien und den Inseln stattfindet, der von kleineren Schiffen bewirkt wird, und daß in Sidney Depots errichtet werden, von denen große Schiffe in direkter Fahrt die Güter nach Deutschland bringen und von Deutschland Manufakturen nach Australien mitnehmen. Als der Fall des Hauses Godeffroy in Sidney bekannt wurde, äußerten sich die Engländer dahin, daß jetzt die Zeit gekommen sein würde, um den Deutschen den Handel zu entreißen. (Hört!) Der Schreck, welcher in die Deutschen gefahren war, verwandelte sich bald in die größte Gemüthung, als die Nachricht ankam, daß das Reich die Gründung einer Handelsge sellschaft zur Aufrechterhaltung des deutschen Handels in Samoa beabsichtige. Die Engländer erblickten darin eine Bedrohung ihrer Kolonien; man war ärgerlich darüber, daß Deutschland seinen Handel selbständig machen wollte. Unsere Seeoffiziere haben bei der englischen Marine volle Anerkennung gefunden. Die Aufmerksamkeit auf diese Sache ist so groß, daß von diesen Verhandlungen des Reichstages regelmäßige Telegramme nach Sidney gehen, wie dies bei den früheren Verhandlungen ebenfalls geschah. Von einem schlechten Klima habe ich nichts erfahren können; man hat mir mitgetheilt, daß das Klima von Samoa nahe verwandt sei mit dem von Nordaustralien, beträchtliche Hitze im Sommer, kühle Zeit im Winter, aber durchaus nicht unerträglich und für Europäer ungesund. Auch der Boden auf den Schifferinseln ist ein sehr guter, seine Bewässerung sehr leicht. Das ist ja so weit gegangen, daß die Einwohner arbeitscheu geworden sind und sehr ungenügend arbeiten, so daß man sich genöthigt gesehen hat, fremde Arbeiter einzuführen. Wenn das Haus die Vorlage genehmigt, so wird es damit nicht bloß die Samoa-Inseln in Verbindung mit Deutschland bringen, sondern auch die Handelsbeziehungen mit Australien lebhafter gestalten. Der Abg. Bamberger sagte bei der ersten Lesung: „Durch die außerordentliche Genauigkeit, Sorgsamkeit und Umsicht, welche den deutschen Kaufmann vor dem aller anderen Nationen auszeichnet, ist er der einzige, der sorgsam und genau rechnet, während der Engländer nur Vortheile erzielt, wenn er im Großen hantieren kann.“ So möchte ich Sie bitten, die großen Gesichtspunkte im Auge zu behalten und die Vorlage anzunehmen. (Beifall rechts. Abg. Richter-Hagen: Billig und schlecht! Heiterkeit.)

Abg. Dr. Bamberger: Ich wünsche mir für alle künftigen Verhandlungen, an denen theilzunehmen ich noch die Ehre haben sollte, keinen schöneren Vorwurf als den, gleich bei der ersten Lesung allseits in die Sache eingedrungen zu sein. Jetzt sind wir wirklich in der zweiten, aber höchlich enttäuscht warte ich noch immer vergeblich darauf, über Samoa, die Aktiengesellschaft, die wir erwerben sollen, die früheren und künftigen Geschäfte etwas zu erfahren. Die ungewohnte Anwesenheit des vielgereiften Mannes auf der Regierungsbank schien mir die Bedeutung eines Vorspannes für die Bereisung der bisher mangelnden Details zu haben. In den Motiven habe ich diese Details schmerzlich vermisst, statt ihrer hat man uns Verträge von England und verschiedenen Inseln mitgetheilt. — ebenso gut hätte man uns Erzählungen von Robinson Crusoe oder der Prinzessin von Navarra geben können. (Heiterkeit und Anruhe.) Ueber die ganze Welt bin ich herumgefahren worden, Herr Mosle hat mir das südliche Kreuz gezeigt und mich zu belehren gesucht, weil er 8000 Meilen von Samoa in derselben Breitenlinie gelebt hat. Konstantinopel liegt auf demselben Breitengrade wie Newyork; kann darum Jemand aus Konstantinopel über Newyork sprechen? Ueber den Byzantinismus wird er sprechen können, aber nicht über Newyork. Der gelehrte und geniale Mann, den ich wegen seines übel ausgelegten Wortes seiner Zeit überall gegen Angriffe in Schutz genommen habe, hat uns heute von Australien erzählt, wie neulich Herr Mosle von Rio. Damit wir erfahren, daß Australien eine blühende Kolonie ist, brauchte er nicht als Kommissar hergeschickt zu werden. Der Abg. Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst hat im Auftrage der Reichsregierung, wie ich annehme, oder im Sinne der Reichsregierung — ich will nicht zu weit gehen — erklärt, daß es derselben mit dieser Vorlage vollständig Ernst sei. Das hoffe ich auch; ich hoffe, sie macht uns keine Vorlagen, mit denen es ihr nicht Ernst ist, das fehlte auch noch! (Heiterkeit.) Er weiß, daß ich ihm nicht so ganz fern stehe, wie jedem beliebigen Mitgliede dieses Hauses, weil ich die Ehre habe, ihn seit langer Zeit persönlich zu kennen. Er hat mir zwar wirklich nichts zur Last gelegt, indem er auf meine Aeußerung über den Minister v. Bülow zurückging. Aber eine unnöthige Abwehr ist immer da bedenklich, wo kein Angriff stattgefunden hat. Es scheint mir zu der improvisirten Taktik der Herren zu gehören, die hier für die

Regierung einsehen, daß sie einen Angriff fingiren, wo gar keiner vorhanden war. So ist es mir in der ersten Lesung mit Herrn v. Ruffenroth und heute mit dem Fürsten Hohenlohe ergangen. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich die Namen nicht nennen wollte, das habe ich auch nicht gethan. Wenn ich nun den Namen des Herrn von Bülow doch genannt habe, so kann ich ihn doch nicht, ohne in flagrantesten Widerspruch mit mir selbst zu gerathen, gemeint haben. Ich weise von mir jeden Gedanken ab, daß die Reichsregierung durch irgend welche Ermüdungen fremdartiger oder gar auf Interessen reflektirender Natur zu dieser Vorlage gebracht sei. So wie ich Kenntniß bekam von jenen Handelsverträgen und der Art ihrer Injenzierung, stieg in mir der Gedanke auf, daß hier die einflußreichen Personen des deutschen Reichs von einer Meinung bestürzt werden, die sie glauben macht, daß der Sturz des Hauses Godeffroy und seiner wesentlich in Plantagen konsolidirten Interessen identisch sei mit dem Sturz des deutschen Handels und der deutschen Politik in der Südsee. Ich bin kein Neuling in diesen Dingen, ich weiß, daß die hohen Herren wie alle, die nicht in den Geschäften stehen, sehr leicht der Spiegelung — mirage sagen die Franzosen — zugänglich sind, wenn man ihnen von Geschäften spricht, die sich in Zukunft glorreich entwickeln können. Die Hindernisse und Gefahren, die da lauern, sehen sie nicht. So lange ich im Geschäft war, habe ich mich auch immer dagegen gewahrt, mit allzu hohen Herren in Verbindung zu kommen, weil ich wußte, sie haben den rechten Blick für diese Dinge nicht. Deshalb habe ich auch mißtraut, als ich erfuhr, daß die Reichsregierung und der verstorbene Herr v. Bülow eine so außerordentliche Meinung von dieser Vorlage hätten. Das ist der Sinn meiner Opposition gewesen, an welcher ich entschieden festhalte. Wenn man hier wegen anderweitiger Motive verdächtigt wird, sobald man eine Regierungsvorlage Opposition macht, dann hört das Regieren überhaupt hier auf (Sehr wahr!), dann können Sie die Vorlagen hier einbringen mit der berühmten Motivierung aus dem vorigen Jahrhundert: car tel est notre plaisir. So lange ich hier meine Pflicht zu erfüllen habe, werde ich mich durch solche Vorwürfe nicht abweisen lassen. Nun sagt man, daß der Sturz der Firma Godeffroy resp. deren Nichtübergang in die Aktiengesellschaft das Ende aller Geschäfte und Verbindungen nicht bloß auf Samoa, sondern in der ganzen Südsee bis nach Australien hin seien. Das ist durchaus nicht anzunehmen, denn das Haus Godeffroy repräsentirt nur einen kleinen Theil der Geschäfte, sie sind nur ein von den 7 bis 9 Häusern, die auch ohne die Aktiengesellschaft die Geschäfte wie bisher weiter pflegen werden, ohne sie den Engländern und Amerikanern zu überlassen. Der Redner nennt die auf den Südpazifik handelnden deutschen Firmen und fährt fort: Diese Firmen haben unter der übermächtigen Konkurrenz der Godeffroy's gebüht, sie würden durch eine Handelsgesellschaft mit Staatsautorität und Staatsgeldern, die von vorn herein auf Dividenden resignirt, vernichtet werden. Kopra ist, das wissen Sie, der Hauptartikel, neben dem beinahe alle anderen verschwinden. Die Kopraexport betrug im Jahre 1873 die Summe von 1,245,000 Mark, 1874 1 Million Mark. Dann ging die Einfuhr auf 600,000 bis 400,000 Mark herunter. Die letzte Ziffer, die wir haben, war 929,240 Mark für Einfuhr von Kopra, eine Summe, die wahrscheinlich jedes große Fabrikgeschäft in jedem Jahre umschlägt, für die wir deutsche Flotten ausrüsten und die deutsche Macht entfalten sollen. Und welches ist der Antheil der ehemaligen Firma Godeffroy an diesem Geschäft? Das weiß ich nicht, da uns Alles, was auf dem Tische des Hauses liegt, als Material über die Sache mitgetheilt ist. (Heiterkeit.) Ich kenne aber die Ziffern anderer Häuser u. d. da weiß ich, daß im Jahre 1876 ein einziges Haus, das nicht Godeffroy ist, von 1,792,000 Mark Zufuhr 962,000 Mark bezog, also über die Hälfte. (Hört! hört! links.) Von einer Totalimport aus Samoa und den Freundschaftsinseln, welche 2,070,000 Mark betrug, bezog das andere Haus auswärts seiner Bücher 1,571,000 Mark. Im Jahre 1877 war die Gesamtsumme der Einfuhr 2,091,520 Mark und das andere Haus bezog davon 1,484,501 Mark (Hört! hört! links). 1878 war die Gesamtsumme 3,114,000 Mark, davon bezog das andere Haus 1,358,872 Mark. Mit welchem Recht haben Sie Ursache, diesen Handel zu ignoriren neben demjenigen, welchen Sie heute subventioniren wollen? (Sehr richtig! links.) Welches Recht haben Sie, diese Geschäfte in Gefahr zu bringen durch eine Konkurrenz, von welcher jeder halbwegs Geschäftsfundige wissen wird, daß sie tödtend auf die anderen Geschäfte wirken? (Sehr wahr! links.) Der Import von Baumwolle aus Samoa betrug im Jahre 1878 104,000 Mark, sowie also, als etwa ein Spezialexport umschlägt. Die anderen Artikel, auf die man uns als die Blüthe des künftigen Handels hinweist, sind Schildpatt, Perlmutter — Dinge, geeignet, auf die Phantasie anregend zu wirken. Schildpatt ist eingeführt worden 1874 im Ganzen für 5150 Mark (Heiterkeit), 1875 für 620 ganze Mark, 1877 für 2140 M., 1878 für 1850 M. (Hört! hört! links.) Perlmutter ist eingeführt im Jahre 1875 für 7220 Mark, 1876 1750 Mark, 1877 11,740 M., 1878 ganze 380 M. (Hört! hört! links.) Man spricht nun von großem Schiffsverkehr, von großem überseeischen Handel u. s. w. Ich gehe nun nicht nach Australien, nicht nach Brasilien, ich bleibe in Samoa. Was den Handel von Samoa nach Deutschland betrifft — denn nur Deutschland interessiert uns in diesem Falle — wir wollen ja große nationale Politik machen — so betrug die Zahl der Schiffe von Samoa nach Hamburg von 1867—1878 summa summarum 71 (Hört, hört! links), also durchschnittlich nicht ganz 6 Schiffe im Jahre. Dafür wird die große Flagge entfaltet, die man uns hier anführt. (Heiterkeit.) Und was die Ausfuhr betrifft, so betrug dieselbe im Jahre 1877 636,431 Mark. Sie können sich ja denken, wie sich diese Summe auf die Ausfuhrartikel Tabak, Reis, Wein, Bier, diverse Verzehrungsartikel, Mauersteine, Steinföhlen, Robbeien, Baumwolle und andere Manufakturwaaren, Holzwaaren, Eisenwaaren u. vertheilt und was auf einen kommt. Ich verachte diese Kleinigkeiten nicht, ich wünsche nur, daß man im richtigen Verhältnis hier vorführe, was vorgeführt werden soll. Kommen Sie mir doch nicht mit großer Poesie, wenn Sie Handelsgeschäfte besprechen. (Sehr gut!) Haben wir hier eine Aktiengesellschaft zu besprechen vom Standpunkte der Gwigkeit aus, sub specie aeternitatis? Gewöhnlich heißt es, wenn ich spreche: das ist der Doktrinar, der Mann der allgemeinen Gelehrsamkeit, und jetzt, wenn ich über ein Geschäft sprechen will, führen Sie mir alle Palmen des Orients und den ganzen gesünten Himmel vor. (Heiterkeit.) Wer mit Pauken und Trompeten, mit diabolischen Formeln und Anpreisungen in die Geschäfte hineingeht, der geht mit zerrissenen Schuhen heraus. (Sehr richtig, links.) Der Geschäftsmann hätte die Bilanzen und die Bücher geprüft, hätte gefragt: was ist verdient, was verloren worden? Eine solche seltene Ziffer wird uns in der Vorlage mitgetheilt. Kapitän Werner, der uns viel Sachlicheres von Samoa als Herr Neuleug von Australien erzählt hat, theilt mit, das Haus Godeffroy habe in einem Jahr 250,000 Dollars verdient. Die Bücher der Firma hat er nicht eingesehen, der König Melitosa hat es ihm nicht erzählt, also wird er es wohl von dem dortigen Geschäftsführer des Hauses erfahren haben. Und selbst wenn er die Bücher eingesehen hätte, so bezweifle ich, ob ein Marinekapitän eine Bilanz zu machen versteht. Wir haben also absolut kein Urtheil darüber, was bisher in diesem Geschäft gewonnen und verloren wurde. Nun muß ich doch auch nach der Höhe des Betriebskapitals fragen, nach den Geschäftskosten, um mir ein Bild der Operationen der Handelsgesellschaft machen zu können, für deren Wohl und Wehe wir durch unsere Garantie einsehen sollen — keine Antwort, nicht einmal die Andeutung einer Ziffer. Ich behaupte, das Zirkular des windigsten Gründers in der verrufenen Gründerzeit enthielt mehr Angaben als diese Vorlage. Sie hat nur ein Analogon an dem Projekt der famosen Südseegeellschaft von 1720, das ein Aktienunternehmen anfündigte mit der Bemerkung: „Wir können nicht sagen, womit dieses Geschäft sich abgeben wird, zeichnen Sie! Nach der Zeichnung wird man es den Aktionären entziehen.“ Hundert Gimpel unterzeichneten und wurden ihr Geld los. Nun hat der Reichsschatzsekretär Scholz in

der vorigen Lesung eingewendet, daß die hohen Verantworgungen der Objekte, welche die alte Plantagengeellschaft der neuen zubringen solle, und vor denen man hier warne, ja gar nicht gefahrlos seien. Man sei ausdrücklich übereingekommen, daß diese Objekte nach gemeinsamer Schätzung übernommen würden. Vorerst sind 1,200,000 M. bereits eingezahlt, welche die jetzige Gesellschaft doch nur wieder bekommt, wenn sie aus dem Inventar wieder gewonnen werden. Ferner sollen sämtliche Aktiva dieser Handelsgesellschaft nach gemeinsamer Schätzung an die neue Gesellschaft übergeben. Diese Aktiva sind aber in den Händen der Gläubiger. Sie müssen eingelöst werden. Um darüber bestimmter urtheilen zu können, müßte man etwas mehr von dem getroffenen Abkommen wissen. Ich habe vielleicht das Richtige getroffen, wenn ich annehme, daß die Gläubiger der alten Handelsgesellschaft sich verpflichtet haben, vor Abschluß des neuen Kontraktes, ihren pfandweisen Besitz gegen gemeinsame Schätzung abzuliefern. Entweder ist dabei ein Maximum festgesetzt worden, oder es ist nicht geschehen, und wir sind dann zu einem Akt der Loyalität verpflichtet, den ich noch viel mehr fürchte, und müssen einen wesentlichen Theil der Forderung von einigen hunderttausend Pfund zum Werth der Objekte unter Uebertragung des wirklichen Werths übernehmen. Soll ich mich darauf verlassen, daß der vom Reich zu ernennende Kommissar als der geschworene und kompetente Lagator das Richtige finden wird? Allen Respekt vor den Herren, die das Reich dirigiren, aber, was mir bis jetzt von derartigen Manipulationen erfahren haben, flößt mir nicht das Zutrauen ein, daß das Interesse der Steuerzahler mit der nöthigen Energie und Sachkenntniß vertreten wird. Die Plantagen sind nicht zu taxiren, und was damit zu machen ist, das weiß der Himmel. Es sind nach Angabe der Regierung 150,000, nach anderer Schätzung 100,000 Acres, von denen nur 5000 kultivirt sind, dazu werden 10 bis 20,000 Arbeiter erfordert. Also alles ist noch Zukunftsmuß, und wir sollten nicht berechnen, wohin uns das führen wird? Sollte dieser Gesetzesvorschlag doch angenommen werden, so rathe ich für die dritte Lesung zu der Modifikation, statt der jährlichen Garantie von 300,000 Mark auf die zwanzig Jahre ein Pauschquantum zu geben. Diese Annuität von 20 Jahren zu 3 Prozent, bei 4 proz. Verzinsung berechnet, wird 3½ bis 4 Millionen ausmachen, und ich würde es für ein außerordentlich gutes Geschäft halten, wenn wir statt jener Garantie ein für allemal 3 oder 4 Mill. auf den Tisch legten und nichts mehr von der Sache hörten. Man hat sich schon auf den Standpunkt gestellt, daß das deutsche Reich in jenen Stationen eine Flotte habe, die zwischen 2—600,000 Mark im Jahre kostet, und daß man, um das Geld nicht umsonst auszugeben, 10 Millionen auf den deutschen Handel riskiren müsse. Wenn aber die 10 Millionen in Gefahr sein werden, und wir die deutsche Flagge an dieses Geschäft heftet haben, dann wird man mit Recht sagen, hier handelt es sich um die Ehre Deutschlands, um eine nationale Frage, seien Sie so gut und zahlen Sie wiederum 20 Millionen. Wenn Sie nun heute schon durch diese Vorstellungen gedrängt werden, wie wollen Sie in Zukunft widerstehen? Die Gefahren, in welche wir heute treiben, sind groß. Deutschland hat einen solchen Weg zu seinem Glück bis jetzt nicht betreten. Bei seinem Handel aus eigener Kraft ist es so groß und mächtig geworden. Und nun noch eine geschäftliche Frage: Wie sollen die Sachen gehen, wenn der für mich gar nicht unwahrscheinliche Fall eintritt, daß die Gesellschaft in Verlegenheit kommt, nicht bloß keine guten Geschäfte macht, sondern ihre Schulden nicht bezahlen kann, daß sie insolvent wird? Die Reichsregierung hat den Aktionären einen Zinsfuß von 3 Prozent garantiert auf 20 Jahre. Es wird also das Wunderbare geschehen, daß während die Gesellschaft unter den Hammer geht, das Reich den Aktionären dieser Gesellschaft eine Auszahlung machen würde, auf welche die nicht bezahlten Gläubiger keinen Anspruch haben. Wenn man bei diesem Unternehmen sich von der Idee der Kolonisierung leiten läßt, so sollte man doch offen und frei über Kolonisierung sprechen. Herr Neuleug hat auch in seinen Berichten über Sidon mit großer Sympathie viel mehr an Kolonisation gedacht als an etwas anderes. Warum sollen wir aber auch gerade auf Samoa kolonisiren? Nach den einstimmigen Berichten von Aerzten und Schiffskapitänen leiden dort namentlich in den sumpfigen Gegenden fast alle Fremden ohne Ausnahme an der Elephantiasis, eine Krankheit, bei welcher die unteren Extremitäten ungeheuer anschwellen. Ich muß mich gegen alle Schilderungen dieser Art verwahren. Es giebt ja Schwärmer für Kolonialpolitik unter uns. Eine andere Kategorie — ich möchte meinen verehrten Freund Herrn v. Bunsen darunter nehmen — welche ich die Oceaniden nennen möchte, sind diejenigen, welche, sobald nur das Meer genannt wird, wie jene Schaar von zehntausend hochherzigen Griechen Thalatta, Thalatta! ausrufen und denen kein Mensch widerstehen kann. Man sagt uns: was wird denn das Ausland dazu sagen, wenn wir diesen Antrag nicht genehmigen? Ich will Ihnen ganz genau sagen, was das Ausland dazu sagen wird: Gar Nichts! (Heiterkeit.) Es weiß kaum etwas davon. Ich habe mir die Mühe genommen, die ausländischen Zeitungen anzusehen seit der Sitzung vom vorigen Donnerstag. Ganz dürftige Nachrichten und Notizen habe ich gefunden, hier und da ein offizielles Telegramm, worin nur erwähnt wird, was die Regierung gesagt hat, sonst nichts, sonst wird geschwiegen, kein Hund und keine Katze fräht danach weder in Frankreich, noch in England. Die „Times“ vom 24. April enthält den Bericht über die erste Lesung. Die ersten 8 Zeilen erwähnen dürftig das Gezeire dieser Vorlage und dann geht man über auf Pauline Lucca, der ein großer Artikel gewidmet ist. Ich glaube, auch die Berliner Börse würde sich mehr dafür interessieren, wenn Paulina Lucca hier geblieben wäre, als wenn wir das Geschäft machen. Wir können uns gar nicht vorstellen, welche Rolle der deutsche Parlamentarismus in der Meinung des Auslandes spielt, weil wir uns so viel mit dem Auslande beschäftigen. Ich habe neulich eine merkwürdige Gelegenheit gehabt, das zu erfahren. Ich war mit zwei Mitgliedern zweier verschiedener angesehener Gesandtschaften zusammen; das Gespräch erstreckte sich auf parlamentarische Angelegenheiten und der eine der Herren sagte: Wie merkwürdig ist es doch, daß ein Mann von so großen Leistungen, wie Eugen Richter, noch nicht Minister gewesen ist! (Heiterkeit.) Worauf der andere erwiderte: Wie ist Herr Richter noch nie Minister gewesen? (Heiterkeit.) Der Herr ist schon seit Jahren hier bei einer großen Gesandtschaft; das sind die Aufmerksamkeiten, die man unseren Vorgängern schenkt, und sie sollen jetzt dazu dienen, uns zur Zustimmung zu der Vorlage zu bewegen. Ich bin überzeugt, wir thun der Regierung einen Dienst, wenn wir es ihr jetzt unmöglich machen, das Projekt auszuführen. Mein Freund Herr v. Benda appellirt auch an das Urtheil der großen Welt, das es hervorruft. Es war mir beinahe als hörte ich Napoleon Bonaparte, der vor den Pyramiden sagte: Vier Zehntausende sehen auf Euch herab! Meine Herren! wer auf uns herabsieht, das sind die Herren Baring, John Schröder und die Herren Behrenberg-Gögler mit etlichen hunderttausend Pfund Sterling, die der gute deutsche Michel zahlen soll; ich rathe Ihnen, sie nicht zu zahlen. (Beifall links, Zeichen rechts.)

Kommissar Geh. Rath v. Ruffenroth: Der Vorredner hat die Klässigkeit der von uns aufgerufenen Zeugen für die Bedeutung der Vorlage bestritten, und gegenüber dem Konsul Weber, den Schiffskapitänen und dem Mr. Sterndale sich auf einen Aufwas eines alten Schiffskapitäns in einem hamburger Blatt bezogen. Der alte Schiffskapitän muß allerdings sehr alt sein, denn seine Zahlen reichen nur bis 1869. Der Vorredner bezeichnete die neulich angeführten Zahlen in Bezug auf Australien als nicht zur Sache gehörig. Der Kernpunkt der handelspolitischen Begründung der Vorlage ist aber, daß Handel und Verkehr stagnirt, wenn ihm nicht eine proportionelle Steigerung der Bodenkultur gegenübersteht, und daß das der Fall, habe ich an den Zahlen aus der amtlichen Statistik von Fidschi und Australien nachgewiesen. Wir wollen eine stärkere Entwicklung dieses Verkehrs für die Zukunft sichern, und das kann nur durch Plantagenbau geschehen. Sodann hat die Regierung die Erfahrung gemacht, daß der deutsche Handel am besten da operirt, wo er auf dem Fuße der Gleichberechtigung operiren kann. Die auf den Fidschiinseln gemachten Erfahrungen würden sich auch auf Samoa und Tonga wiederholt haben, wenn Deutschland nicht den festen Willen gezeigt hätte, die Unabhängigkeit dieser Inselgruppen zu wahren. Welche Mühe die Durchführung dieses Prinzips der kaiserlichen Regierung verursacht hat, davon haben die Vorlagen, betreffend die Verträge mit Tonga und Samoa und anderen Inselgruppen beredtes Zeugniß gegeben. Wenn wir aber von einer Postion zurückweichen, die wir unter wohlwollender Anerkennung seitens der Engländer und Amerikaner bisher eingenommen haben, so begeben wir uns der Handhabe, um in Zukunft mit derselben thatfächlichen Unterlage in London und in Washington zu betonen, daß wir auf die Unabhängigkeit der Inselgruppe wegen unserer dortigen hervorragenden Interessen großen Werth legen. Wird man uns nicht antworten können: Wenn das deutsche Reich nicht Willens ist, eine so kleine Subvention zur Wahrung seiner Interessen zu geben, wenn es zu einer so produktiven Ausgabe sich nicht entschließt, während wir für Handel und Schifffahrt die größten Opfer bringen, was verlangt ihr denn für Opfer von uns? Die englische Regierung wird uns leicht einwenden können: die neuseeländische Kolonie bittet schon seit Jahren, ihr zuzugeben, wenn die Regierung des Mutterlandes dies nicht thun wolle, daß sie, die Kolonie, auf eigene Kosten um die kleinere Samoa-Gruppe an und für sich, obgleich Samoa mit die fruchtbarste aller Inselgruppen in der Südsee ist, sondern um Samoa als den Zentralpunkt des Handels mit dem ganzen Archipel. Wenn wir diesen Zentralpunkt ausgeben, so ist dies gleichbedeutend mit dem Verlust des Generalstabes in dem Moment, wo man sich zur Schlacht vorbereiten will.

Die Diskussion wird geschlossen.

Personlich bemerkt Abg. Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst: Der verehrte Herr Abg. Bamberger hat sich darüber ausgehalten, daß ich seine Aeußerung in einer der letzten Sitzungen gewissermaßen zu einer Art fingirten Angriffs formulirt habe, um eine Abwehr dagegen eintreten zu lassen. Diese Annahme ist irrig. Ich bin zu der Zurückweisung der Aeußerung des Herrn Abgeordneten dadurch veranlaßt worden, daß mir von Personen, die dem verstorbenen Staatssekretär v. Bülow näher stehen als ich, gesagt worden ist, daß sie jene Aeußerung bitter empfunden haben. Dies veranlaßt mich und muß mich veranlassen, die Bedeutung der Worte zurückzuerufen, keineswegs aber die Meinung des Herrn Abgeordneten eine quere allemaas zu machen. Wenn der Herr Abgeordnete ähnliche Deutungen künftig vermeiden will, darf ich ihm wohl den freundlichen Rath geben, sich künftig etwas vorsichtiger auszudrücken. (Beifall rechts.)

In namentlicher Abstimmung wird die Vorlage mit 128 gegen 112 Stimmen abgelehnt. Mit Ja stimmen Adernann, Graf v. Arnim-Boysenburg, Baumgarten, v. Benda, v. Benning, v. Bernuth, Beseler, Graf Bismarck, Blum, v. Bodeum-Dolfs, Bode, v. Brand, v. Bredow, Buhl, v. Bunsen, v. Busse, Fürst Carolath, Clauswitz, Colmar, v. Cuny, Delbrück, v. Dewitz, Dieze, Falk, Feustel, Graf v. Flemming, v. Flottwell, Graf v. Frankenberg, Frege, Friedenthal, v. Gerlach, Gerwich, v. Gordon, v. Gögler, Grad, v. Hellendorff-Reda, v. Hellendorff-Runsfeldt, Jener, v. Jöcher, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, Graf v. Polstein, Prinz zu Hohenlohe-Dehringen, v. Jeggow, Jordan, v. Kardorff, Klein, v. Kieft-Nelson, v. König, Kraft, Kreuz, Landmann, Laporte, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Levekov, Löwe (Böckum), Lorette, v. Lüderis, Frhr. v. Manteuffel, Marcard, Marquardsen, v. Marschall, Melbeck, v. Mirbach, Graf Nolke, Mosle, Müllers (Sangerhausen), v. Neumann, North, v. Ohlen, v. D. Oßen, v. Puttkamer (Löwenberg), von Puttkamer (Lübben), von Rordorf zur Rabenau, Radt, v. Ravenstein, Reich, Richter (Meissen), Graf Ritterberg, Römer (Hildesheim), Römer (Württemberg), v. Schaub, v. Schenk-Flechtingen, Schmiedel, v. Schwender, Seroaes, v. Simpson-Gorgenburg, v. Sperber, Staelin, Staudt, Steller, Stephani, Theodor Graf Stolberg-Wernigerode, Udo Graf Stolberg, Stumm, Süs, v. Tettau, v. Treitschke, v. Unruhe-Bomst, Varnbüler, Völk, Rovinell, Wachs, v. Wackerbarth, v. Wedell-Walchow, Wichmann, Witte (Medlenburg), v. Wittich, v. Woelfke.

Mit Nein stimmen: v. Aebeljen, v. Aretin (Ingolstadt), Graf Ballestrem, Bamberger, Baumbach, v. Beaulieu, Bender, Berger, Bernards, Graf Bernstorff, Bock, v. Bönninghausen, Böttcher, Borowski, Braum (Glogau), Brühl, Brüel, Büchner, Büsing, Bürgen, Dabl, Dernburg, Dieben, Graf Droste-Vischering, Flügge, von Forderbeck, Forst, Franz, Freitag, v. Fürth, Graf Kuager, Graf Galen, Gielen, Goldenberg, v. Grand-Ry, Groß, Günther (Nürnberg), Haanen, Haerle, v. Hagenbrühl, Hall, Hamm, Hasselmann, von Heereman, Heilig, Hermes, v. Hertling, Hirschbus, Horn, Jäger (Nordhausen), Jäger (Neub.), Jegel, v. Kehler, v. Kessler, Kiefer, Knoch, Kochmann, Koper, Kuntze, Laster, Lender, v. Lenthe, Lens, Lingsen, List, Löwe (Berlin), Lüders, Maier (Hohensollern), Majumie, Mayer (Donauwörth), Meier (Schaumburg-Lippe), Mendel, Menken, Merkle, Michalski, v. Müller (Weilheim), v. Minnigerode, Möring, Müller (Gotha), Müller (Pleß), v. Oy (Landsbut), Pabst, v. Papius, Berger, Peteressen, Pfähler, Pfleger, Pohnmann, Fürst Radziwill, Prinz Radziwill, v. Reden (Lüneburg), beide Reichensperger, Reichert, Richter (Hagen), Ridert, Rudolphi, Ruppert, Ruzwurm, v. Saucken-Tarupitschen, Graf Saurma-Jeltzig, Schlutow, Graf Schöndorn, beide von Schorlemer, Schreiner, Schröder (Friebberg), Schulze, Schwarz, Senefren, v. Soden, Sonnemann, Stöbel, Streke, Strube, Trautmann, v. Wäcker, Graf Walburg, Weber, Westermayer, Westphal, beide Wiggers, Windhorst, Witte (Schneidnitz), Wöllmer und Wolfson.

Kammerrath wird die Abstimmung über die geschäftliche Behandlung der Novelle zum Münzgesetz vorgenommen und beschlossen, die zweite Lesung dieser Vorlage im Plenum vorzunehmen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Erhebung von Reichsstempelgebühren.

Unterstaatssekretär Scholz: Die Motive verbreiten sich nur über die Frage, ob der Entwurf der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht, während sie die Frage nicht erörtern, wozu überhaupt diese neue Reichssteuer eingeführt wird. Dies zu erörtern war nicht nöthig, weil der Entwurf nur ein Theil des Gesamtplanes des im vorigen Jahre dargelegten Steuerprojektes ist, das von der Majorität gebilligt wurde. Die Einnahmequellen des Reichs sollten dadurch vermehrt werden, daß seine Ausgaben dadurch gedeckt würden und die Einzelstaaten die Mittel erhielten, ihre Defizits zu decken und gewisse Steuern zu erlassen. Der vorliegende Entwurf dient diesem Zwecke ebenso, wie die Erhöhung der Brausteuern, und ich brauche nur auf das zu verweisen, was ich bezüglich der letzteren im März hier vortragen habe. Die Stempelsteuer ist im vorigen Jahre nicht mit vorgelegt worden, nicht etwa, weil die Regierung auf dieselbe verzichten zu können glaubte, sondern nur wegen der dazu noch nöthigen Vorarbeiten und des an sich schon großen Umfangs der anderen Vorlagen. Die Vorlage geht von dem allgemeinen Gedanken aus, welcher der Forderung nach einer sogenannten Vörsensteuer zu Grunde liegt. Die Aenderungen, welche der Entwurf seit 1873 erfahren hat, sind hauptsächlich aus zwei Gesichtspunkten vorgenommen. Es sollte nämlich dafür gesorgt werden, daß das einheimische Interesse nicht zurücktrete hinter das fremde und das finanzielle Ergebnis der Vorlage sollte verbessert werden. Der erste Gesichtspunkt mußte dahin führen, die ausländischen Aktien und Wertpapiere nicht mehr vor den inländischen zu bevorzugen, der zweite, sie sogar höher zu besteuern, als die inländischen. Dabur trägt das Gesetz zugleich dazu bei, das inländische Kapital dem inländischen Geldbedürfnis zu erhalten, es kommt also dem einheimischen Gesamtinteresse zu Gute. Die Absicht gleichmäßiger Besteuerung aller Reichsgeschäfte, auch derer, zu deren Abschluß schriftliche Form nicht erforderlich ist, führte dazu eine Quittungssteuer in den Entwurf aufzunehmen. Daß dieser Vorschlag nicht einer sympathischen Aufnahme von vornherein begegnen würde, daraus machten sich die ver-

der vorigen Lesung eingewendet, daß die hohen Verantworgungen der Objekte, welche die alte Plantagengeellschaft der neuen zubringen solle, und vor denen man hier warne, ja gar nicht gefahrlos seien. Man sei ausdrücklich übereingekommen, daß diese Objekte nach gemeinsamer Schätzung übernommen würden. Vorerst sind 1,200,000 M. bereits eingezahlt, welche die jetzige Gesellschaft doch nur wieder bekommt, wenn sie aus dem Inventar wieder gewonnen werden. Ferner sollen sämtliche Aktiva dieser Handelsgesellschaft nach gemeinsamer Schätzung an die neue Gesellschaft übergeben. Diese Aktiva sind aber in den Händen der Gläubiger. Sie müssen eingelöst werden. Um darüber bestimmter urtheilen zu können, müßte man etwas mehr von dem getroffenen Abkommen wissen. Ich habe vielleicht das Richtige getroffen, wenn ich annehme, daß die Gläubiger der alten Handelsgesellschaft sich verpflichtet haben, vor Abschluß des neuen Kontraktes, ihren pfandweisen Besitz gegen gemeinsame Schätzung abzuliefern. Entweder ist dabei ein Maximum festgesetzt worden, oder es ist nicht geschehen, und wir sind dann zu einem Akt der Loyalität verpflichtet, den ich noch viel mehr fürchte, und müssen einen wesentlichen Theil der Forderung von einigen hunderttausend Pfund zum Werth der Objekte unter Uebertragung des wirklichen Werths übernehmen. Soll ich mich darauf verlassen, daß der vom Reich zu ernennende Kommissar als der geschworene und kompetente Lagator das Richtige finden wird? Allen Respekt vor den Herren, die das Reich dirigiren, aber, was mir bis jetzt von derartigen Manipulationen erfahren haben, flößt mir nicht das Zutrauen ein, daß das Interesse der Steuerzahler mit der nöthigen Energie und Sachkenntniß vertreten wird. Die Plantagen sind nicht zu taxiren, und was damit zu machen ist, das weiß der Himmel. Es sind nach Angabe der Regierung 150,000, nach anderer Schätzung 100,000 Acres, von denen nur 5000 kultivirt sind, dazu werden 10 bis 20,000 Arbeiter erfordert. Also alles ist noch Zukunftsmuß, und wir sollten nicht berechnen, wohin uns das führen wird? Sollte dieser Gesetzesvorschlag doch angenommen werden, so rathe ich für die dritte Lesung zu der Modifikation, statt der jährlichen Garantie von 300,000 Mark auf die zwanzig Jahre ein Pauschquantum zu geben. Diese Annuität von 20 Jahren zu 3 Prozent, bei 4 proz. Verzinsung berechnet, wird 3½ bis 4 Millionen ausmachen, und ich würde es für ein außerordentlich gutes Geschäft halten, wenn wir statt jener Garantie ein für allemal 3 oder 4 Mill. auf den Tisch legten und nichts mehr von der Sache hörten. Man hat sich schon auf den Standpunkt gestellt, daß das deutsche Reich in jenen Stationen eine Flotte habe, die zwischen 2—600,000 Mark im Jahre kostet, und daß man, um das Geld nicht umsonst auszugeben, 10 Millionen auf den deutschen Handel riskiren müsse. Wenn aber die 10 Millionen in Gefahr sein werden, und wir die deutsche Flagge an dieses Geschäft heftet haben, dann wird man mit Recht sagen, hier handelt es sich um die Ehre Deutschlands, um eine nationale Frage, seien Sie so gut und zahlen Sie wiederum 20 Millionen. Wenn Sie nun heute schon durch diese Vorstellungen gedrängt werden, wie wollen Sie in Zukunft widerstehen? Die Gefahren, in welche wir heute treiben, sind groß. Deutschland hat einen solchen Weg zu seinem Glück bis jetzt nicht betreten. Bei seinem Handel aus eigener Kraft ist es so groß und mächtig geworden. Und nun noch eine geschäftliche Frage: Wie sollen die Sachen gehen, wenn der für mich gar nicht unwahrscheinliche Fall eintritt, daß die Gesellschaft in Verlegenheit kommt, nicht bloß keine guten Geschäfte macht, sondern ihre Schulden nicht bezahlen kann, daß sie insolvent wird? Die Reichsregierung hat den Aktionären einen Zinsfuß von 3 Prozent garantiert auf 20 Jahre. Es wird also das Wunderbare geschehen, daß während die Gesellschaft unter den Hammer geht, das Reich den Aktionären dieser Gesellschaft eine Auszahlung machen würde, auf welche die nicht bezahlten Gläubiger keinen Anspruch haben. Wenn man bei diesem Unternehmen sich von der Idee der Kolonisierung leiten läßt, so sollte man doch offen und frei über Kolonisierung sprechen. Herr Neuleug hat auch in seinen Berichten über Sidon mit großer Sympathie viel mehr an Kolonisation gedacht als an etwas anderes. Warum sollen wir aber auch gerade auf Samoa kolonisiren? Nach den einstimmigen Berichten von Aerzten und Schiffskapitänen leiden dort namentlich in den sumpfigen Gegenden fast alle Fremden ohne Ausnahme an der Elephantiasis, eine Krankheit, bei welcher die unteren Extremitäten ungeheuer anschwellen. Ich muß mich gegen alle Schilderungen dieser Art verwahren. Es giebt ja Schwärmer für Kolonialpolitik unter uns. Eine andere Kategorie — ich möchte meinen verehrten Freund Herrn v. Bunsen darunter nehmen — welche ich die Oceaniden nennen möchte, sind diejenigen, welche, sobald nur das Meer genannt wird, wie jene Schaar von zehntausend hochherzigen Griechen Thalatta, Thalatta! ausrufen und denen kein Mensch widerstehen kann. Man sagt uns: was wird denn das Ausland dazu sagen, wenn wir diesen Antrag nicht genehmigen? Ich will Ihnen ganz genau sagen, was das Ausland dazu sagen wird: Gar Nichts! (Heiterkeit.) Es weiß kaum etwas davon. Ich habe mir die Mühe genommen, die ausländischen Zeitungen anzusehen seit der Sitzung vom vorigen Donnerstag. Ganz dürftige Nachrichten und Notizen habe ich gefunden, hier und da ein offizielles Telegramm, worin nur erwähnt wird, was die Regierung gesagt hat, sonst nichts, sonst wird geschwiegen, kein Hund und keine Katze fräht danach weder in Frankreich, noch in England. Die „Times“ vom 24. April enthält den Bericht über die erste Lesung. Die ersten 8 Zeilen erwähnen dürftig das Gezeire dieser Vorlage und dann geht man über auf Pauline Lucca, der ein großer Artikel gewidmet ist. Ich glaube, auch die Berliner Börse würde sich mehr dafür interessieren, wenn Paulina Lucca hier geblieben wäre, als wenn wir das Geschäft machen. Wir können uns gar nicht vorstellen, welche Rolle der deutsche Parlamentarismus in der Meinung des Auslandes spielt, weil wir uns so viel mit dem Auslande beschäftigen. Ich habe neulich eine merkwürdige Gelegenheit gehabt, das zu erfahren. Ich war mit zwei Mitgliedern zweier verschiedener angesehener Gesandtschaften zusammen; das Gespräch erstreckte sich auf parlamentarische Angelegenheiten und der eine der Herren sagte: Wie merkwürdig ist es doch, daß ein Mann von so großen Leistungen, wie Eugen Richter, noch nicht Minister gewesen ist! (Heiterkeit.) Worauf der andere erwiderte: Wie ist Herr Richter noch nie Minister gewesen? (Heiterkeit.) Der Herr ist schon seit Jahren hier bei einer großen Gesandtschaft; das sind die Aufmerksamkeiten, die man unseren Vorgängern schenkt, und sie sollen jetzt dazu dienen, uns zur Zustimmung zu der Vorlage zu bewegen. Ich bin überzeugt, wir thun der Regierung einen Dienst, wenn wir es ihr jetzt unmöglich machen, das Projekt auszuführen. Mein Freund Herr v. Benda appellirt auch an das Urtheil der großen Welt, das es hervorruft. Es war mir beinahe als hörte ich Napoleon Bonaparte, der vor den Pyramiden sagte: Vier Zehntausende sehen auf Euch herab! Meine Herren! wer auf uns herabsieht, das sind die Herren Baring, John Schröder und die Herren Behrenberg-Gögler mit etlichen hunderttausend Pfund Sterling, die der gute deutsche Michel zahlen soll; ich rathe Ihnen, sie nicht zu zahlen. (Beifall links, Zeichen rechts.)

Kommissar Geh. Rath v. Ruffenroth: Der Vorredner hat die Klässigkeit der von uns aufgerufenen Zeugen für die Bedeutung der Vorlage bestritten, und gegenüber dem Konsul Weber, den Schiffskapitänen und dem Mr. Sterndale sich auf einen Aufwas eines alten Schiffskapitäns in einem hamburger Blatt bezogen. Der alte Schiffskapitän muß allerdings sehr alt sein, denn seine Zahlen reichen nur bis 1869. Der Vorredner bezeichnete die neulich angeführten Zahlen in Bezug auf Australien als nicht zur Sache gehörig. Der Kernpunkt der handelspolitischen Begründung der Vorlage ist aber, daß Handel und Verkehr stagnirt, wenn ihm nicht eine proportionelle Steigerung der Bodenkultur gegenübersteht, und daß das der Fall, habe ich an den Zahlen aus der amtlichen Statistik von Fidschi und Australien nachgewiesen. Wir wollen eine stärkere Entwicklung dieses Verkehrs für die Zukunft sichern, und das kann nur durch Plantagenbau geschehen. Sodann hat die Regierung die Erfahrung gemacht, daß der deutsche Handel am besten da operirt, wo er auf dem Fuße der Gleichberechtigung operiren kann. Die auf den Fidschiinseln gemachten Erfahrungen würden sich auch auf Samoa und Tonga wiederholt haben, wenn Deutschland nicht den festen Willen gezeigt hätte, die Unabhängigkeit dieser Inselgruppen zu wahren. Welche Mühe die Durchführung dieses Prinzips der kaiserlichen Regierung verursacht hat, davon haben die Vorlagen, betreffend die Verträge mit Tonga und Samoa und anderen Inselgruppen beredtes Zeugniß gegeben. Wenn wir aber von einer Postion zurückweichen, die wir unter wohlwollender Anerkennung seitens der Engländer und Amerikaner bisher eingenommen haben, so begeben wir uns der Handhabe, um in Zukunft mit derselben thatfächlichen Unterlage in London und in Washington zu betonen, daß wir auf die Unabhängigkeit der Inselgruppe wegen unserer dortigen hervorragenden Interessen großen Werth legen. Wird man uns nicht antworten können: Wenn das deutsche Reich nicht Willens ist, eine so kleine Subvention zur Wahrung seiner Interessen zu geben, wenn es zu einer so produktiven Ausgabe sich nicht entschließt, während wir für Handel und Schifffahrt die größten Opfer bringen, was verlangt ihr denn für Opfer von uns? Die englische Regierung wird uns leicht einwenden können: die neuseeländische Kolonie bittet schon seit Jahren, ihr zuzugeben, wenn die Regierung des Mutterlandes dies nicht thun wolle, daß sie, die Kolonie, auf eigene Kosten um die kleinere Samoa-Gruppe an und für sich, obgleich Samoa mit die fruchtbarste aller Inselgruppen in der Südsee ist, sondern um Samoa als den Zentralpunkt des Handels mit dem ganzen Archipel. Wenn wir diesen Zentralpunkt ausgeben, so ist dies gleichbedeutend mit dem Verlust des Generalstabes in dem Moment, wo man sich zur Schlacht vorbereiten will.

Die Diskussion wird geschlossen.

Personlich bemerkt Abg. Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst: Der verehrte Herr Abg. Bamberger hat sich darüber ausgehalten, daß ich seine Aeußerung in einer der letzten Sitzungen gewissermaßen zu einer Art fingirten Angriffs formulirt habe, um eine Abwehr dagegen eintreten zu lassen. Diese Annahme ist irrig. Ich bin zu der Zurückweisung der Aeußerung des Herrn Abgeordneten dadurch veranlaßt worden, daß mir von Personen, die dem verstorbenen Staatssekretär v. Bülow näher stehen als ich, gesagt worden ist, daß sie jene Aeußerung bitter empfunden haben. Dies veranlaßt mich und muß mich veranlassen, die Bedeutung der Worte zurückzuerufen, keineswegs aber die Meinung des Herrn Abgeordneten eine quere allemaas zu machen. Wenn der Herr Abgeordnete ähnliche Deutungen künftig vermeiden will, darf ich ihm wohl den freundlichen Rath geben, sich künftig etwas vorsichtiger auszudrücken. (Beifall rechts.)

In namentlicher Abstimmung wird die Vorlage mit 128 gegen 112 Stimmen abgelehnt. Mit Ja stimmen Adernann, Graf v. Arnim-Boysenburg, Baumgarten, v. Benda, v. Benning, v. Bernuth, Beseler, Graf Bismarck, Blum, v. Bodeum-Dolfs, Bode, v. Brand, v. Bredow, Buhl, v. Bunsen, v. Busse, Fürst Carolath, Clauswitz, Colmar, v. Cuny, Delbrück, v. Dewitz, Dieze, Falk, Feustel, Graf v. Flemming, v. Flottwell, Graf v. Frankenberg, Frege, Friedenthal, v. Gerlach, Gerwich, v. Gordon, v. Gögler, Grad, v. Hellendorff-Reda, v. Hellendorff-Runsfeldt, Jener, v. Jöcher, Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, Graf v. Polstein, Prinz zu Hohenlohe-Dehringen, v. Jeggow, Jordan, v. Kardorff, Klein, v. Kieft-Nelson, v. König, Kraft, Kreuz, Landmann, Laporte, Frhr. v. Lerchenfeld, v. Levekov, Löwe (Böckum), Lorette, v. Lüderis, Frhr. v. Manteuffel, Marcard, Marquardsen, v. Marschall, Melbeck, v. Mirbach, Graf Nolke, Mosle, Müllers (Sangerhausen), v. Neumann, North, v. Ohlen, v. D. Oßen, v. Puttkamer (Löwenberg), von Puttkamer (Lübben), von Rordorf zur Rabenau, Radt, v. Ravenstein, Reich, Richter (Meissen), Graf Ritterberg, Römer (Hildesheim), Römer (Württemberg), v. Schaub, v. Schenk-Flechtingen, Schmiedel, v. Schwender, Seroaes, v. Simpson-Gorgenburg, v. Sperber, Staelin, Staudt, Steller, Stephani, Theodor Graf Stolberg-Wernigerode, Udo Graf Stolberg, Stumm, Süs, v. Tettau, v. Treitschke, v. Unruhe-Bomst, Varnbüler, Völk, Rovinell, Wachs, v. Wackerbarth, v. Wedell-Walchow, Wichmann, Witte (Medlenburg), v. Wittich, v. Woelfke.

Mit Nein stimmen: v. Aebeljen, v. Aretin (Ingolstadt), Graf Ballestrem, Bamberger, Baumbach, v. Beaulieu, Bender, Berger, Bernards, Graf Bernstorff, Bock, v. Bönninghausen, Böttcher, Borowski, Braum (Glogau), Brühl, Brüel, Büchner, Büsing, Bürgen, Dabl, Dernburg, Dieben, Graf Droste-Vischering, Flügge, von Forderbeck, Forst, Franz, Freitag, v. Fürth, Graf Kuager, Graf Galen, Gielen, Goldenberg, v. Grand-Ry, Groß, Günther (Nürnberg), Haanen, Haerle, v. Hagenbrühl, Hall, Hamm, Hasselmann, von Heereman, Heilig, Hermes, v. Hertling, Hirschbus, Horn, Jäger (Nordhausen), Jäger (Neub.), Jegel, v. Kehler, v. Kessler, Kiefer, Knoch, Kochmann, Koper, Kuntze, Laster, Lender, v. Lenthe, Lens, Lingsen, List, Löwe (Berlin), Lüders, Maier (Hohensollern), Majumie, Mayer (Donauwörth), Meier (Schaumburg-Lippe), Mendel, Menken, Merkle, Michalski, v. Müller (Weilheim), v. Minnigerode, Möring, Müller (Gotha), Müller (Pleß), v. Oy (Landsbut), Pabst, v. Papius, Berger, Peteressen, Pfähler, Pfleger, Pohnmann, Fürst Radziwill, Prinz Radziwill, v. Reden (Lüneburg), beide Reichensperger, Reichert, Richter (Hagen), Ridert, Rudolphi, Ruppert, Ruzwurm, v. Saucken-Tarupitschen, Graf Saurma-Jeltzig, Schlutow, Graf Schöndorn, beide von Schorlemer, Schreiner, Schröder (Friebberg), Schulze, Schwarz, Senefren, v. Soden, Sonnemann, Stöbel, Streke, Strube, Trautmann, v. Wäcker, Graf Walburg, Weber, Westermayer, Westphal, beide Wiggers, Windhorst, Witte (Schneidnitz), Wöllmer und Wolfson.

Kammerrath wird die Abstimmung über die geschäftliche Behandlung der Novelle zum Münzgesetz vorgenommen und beschlossen, die zweite Lesung dieser Vorlage im Plenum vorzunehmen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Erhebung von Reichsstempelgebühren.

Unterstaatssekretär Scholz: Die Motive verbreiten sich nur über die Frage, ob der Entwurf der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht, während sie die Frage nicht erörtern, wozu überhaupt diese neue Reichssteuer eingeführt wird. Dies zu erörtern war nicht nöthig, weil der Entwurf nur ein Theil des Gesamtplanes des im vorigen Jahre dargelegten Steuerprojektes ist, das von der Majorität gebilligt wurde. Die Einnahmequellen des Reichs sollten dadurch vermehrt werden, daß seine Ausgaben dadurch gedeckt würden und die Einzelstaaten die Mittel erhielten, ihre Defizits zu decken und gewisse Steuern zu erlassen. Der vorliegende Entwurf dient diesem Zwecke ebenso, wie die Erhöhung der Brausteuern, und ich brauche nur auf das zu verweisen, was ich bezüglich der letzteren im März hier vortragen habe. Die Stempelsteuer ist im vorigen Jahre nicht mit vorgelegt worden, nicht etwa, weil die Regierung auf dieselbe verzichten zu können glaubte, sondern nur wegen der dazu noch nöthigen Vorarbeiten und des an sich schon großen Umfangs der anderen Vorlagen. Die Vorlage geht von dem allgemeinen Gedanken aus, welcher der Forderung nach einer sogenannten Vörsensteuer zu Grunde liegt. Die Aenderungen, welche der Entwurf seit 1873 erfahren hat, sind hauptsächlich aus zwei Gesichtspunkten vorgenommen. Es sollte nämlich dafür gesorgt werden, daß das einheimische Interesse nicht zurücktrete hinter das fremde und das finanzielle Ergebnis der Vorlage sollte verbessert werden. Der erste Gesichtspunkt mußte dahin führen, die ausländischen Aktien und Wertpapiere nicht mehr vor den inländischen zu bevorzugen, der zweite, sie sogar höher zu besteuern, als die inländischen. Dabur trägt das Gesetz zugleich dazu bei, das inländische Kapital dem inländischen Geldbedürfnis zu erhalten, es kommt also dem einheimischen Gesamtinteresse zu Gute. Die Absicht gleichmäßiger Besteuerung aller Reichsgeschäfte, auch derer, zu deren Abschluß schriftliche Form nicht erforderlich ist, führte dazu eine Quittungssteuer in den Entwurf aufzunehmen. Daß dieser Vorschlag nicht einer sympathischen Aufnahme von vornherein begegnen würde, daraus machten sich die ver-

# Telegraphische Nachrichten.

**Berlin, 27. April.** In der am 26. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann abgehaltenen Sitzung des Bundesraths wurden zunächst die erforderlichen Wahlen vorgenommen zur Wiederbesetzung erledigter Stellen bei der Disziplinarcommission für Reichsbeamte in Darmstadt, der Disziplinarcommission für elsass-lothringische Beamte und Lehrer in Straßburg und der auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gebildeten Reichskommission. Sodann gelangte die revidirte Geschäftsordnung zur zweiten Berathung und wurden die bei der ersten Lesung gefassten Beschlüsse mit einigen, nicht erheblichen Aenderungen bestätigt. Die Bestimmung, wonach Substitutionen nie länger, als für Eine Sitzung gelten und für die nächste Sitzung eine unmittelbare Bevollmächtigung seitens der Regierung stattfinden muß, soll nach Ablauf von vierzehn Tagen in Kraft treten. Dem Hauptkollekteur zu Osnabrück wurde die Befugniß zu unbefränkter Abfertigung baumwollener und leinener Garne ertheilt. Die Versammlung genehmigte ferner, den Vorschlägen der mit der Berichterstattung betrauten Ausschüsse entsprechend, zur Regelung des Verfahrens der Zoll- und Steuerbehörden bezüglich der Rückerstattung des Wertes zu verwendeter Marken zur Entrichtung der statistischen Gebühr, eine bezügliche Ergänzung des § 43 der Dienstvorschriften, betreffend die Statistik des Waarenverkehrs vom 21. November v. J. Schließlich wurde über das Refusgesuch eines Beamten gegen seine Versetzung in den Ruhestand nach dem Gutachten des Ausschusses für Justizwesen Entscheidung getroffen.

**Wiesbaden, 27. April.** Se. Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts entgegen und machte darauf eine Spazierfahrt. Zur kaiserlichen Tafel sind heute keine Einladungen ergangen.

**Weimar, 26. April.** Ihre Majestät die Kaiserin ist heute Abend, von Dresden kommend, hier eingetroffen und von dem Großherzog auf dem Bahnhofe empfangen worden.

**Wien, 27. April.** Das Abgeordnetenhaus beendete die Spezialdebatte über das Budget des Unterrichtsministeriums und beschloß, die Spezialberathung des Gesetzentwurfs über die Militärtaxe zu beginnen, nachdem ein Antrag auf Verweisung desselben an einen Ausschuß mit 165 gegen 107 Stimmen abgelehnt worden war.

**Moskau, 26. April.** Am 23. und 24. d. M. fand vor dem hiesigen Militärkreisgericht die Verhandlung gegen 8 junge Leute im Alter von 17 bis zu 27 Jahren statt, welche wegen gefehrwidriger Propaganda angeklagt waren. Vier der Angeklagten wurden zu 4 bis 5jähriger Zwangsarbeit, einer zu 2 Jahren Festungshaft und einer zu einer Festungshaft von 8 Monaten verurtheilt. Zwei Angeklagte wurden mit einem Verweis bestraft.

Verantwortlicher Redakteur: S. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

**Frankfurt a. M., 27. April.** (Schluß-Course.) Schließlich matt. Lond. Wechsel 20,45. Pariser do. 80,90. Wiener do. 170,17. R.-M.-St.-A. 146½. Rheinische do. 158½. Hess. Ludwigsb. 95½. R.-M.-Fr.-Anth. 132½. Reichsanl. 99½. Reichsbank 151½. Darmstb. 142½. Meiningen B. 93½. Dett.-ung. Bf. 712,00. Kreditaktien\*) 232½. Silberrente 62½. Papierrente 61½. Goldrente 75½. Ung. Goldrente 89½. 1860er Loose 122½. 1864er Loose 309,80. Ung. Staatsl. 208,60. do. Oest.-Obl. II. 83½. Böhm. Westbahn 189. Elisabethb. 158½. Nordwestb. 136½. Galizier 221½. Franzosen\*) 233. Lombarden\*) 68½. Italiener —. 1877er Russen 90. II. Orientanl. 90. Zentr.-Pacific 109½. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.

Nach Schluß der Börse Kreditaktien 231½, Franzosen 232½, Galizier 221½, österr. Silberrente —, ungarische Goldrente 89, II. Orientanleihe 59½, österr. Goldrente —, Papierrente —, III. Orientanleihe —, 1877er Russen —, Meiningen Bank —, Besser.

**Wien, 27. April.** (Schluß-Course.) Deckungskäufe steigerten Anfangs die Spekulationspapiere, Renten schließlich ruhiger, aber ziemlich fest. Papierrente 72,67½. Silberrente 73,20. Oesterr. Goldrente 88,80. Ungarische Goldrente 104,90. 1854er Loose 122,70. 1860er Loose 130,25. 1864er Loose 173,75. Kreditloose 177,00. Ungar. Prämienl. 111,50. Kreditaktien 272,80. Franzosen 275,00. Lombarden 82,25. Galizier 261,00. Kasch.-Oest. 125,50. Pardubitzer 126,50. Nordwestb. 160,70. Elisabethbahn 188,70. Nordbahn 2435,00. Oesterr.-ungar. Bank —. Tür. Loose —. Unionbank 108,80. Anglo-Austr. 144,30. Wiener Bankverein 133,75. Ungar. Kredit 261,75. Deutsche Plätze 68,15. Londoner Wechsel 119,20. Pariser do. 47,20. Amsterdamer do. 98,55. Napoleons 9,48½. Dufaten 5,61. Silber 100,00. Marknoten 58,70. Russische Banknoten 1,25. Lemberg-Cernowitz 169,50.

**Wien, 27. April.** Abendbörse. Kreditaktien 271,50, Franzosen 274,50, Galizier 260,30, Anglo-Austr. 142,00, Lombarden 81,60, Papierrente 72,50, österr. Goldrente 88,65, ungar. Goldrente 104,65, Marknoten 58,75, Napoleons 9,49, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —, Nordbahn —, Schluß fest.

Wochenausweis der österr. Südbahn vom 15. bis zum 21. April 653,105 fl. Mindereinnahme 68,864 fl.

**Paris, 27. April.** (Schluß-Course.) Fest. 3proz. amortisirt. Rente 65,30, 3proz. Rente 83,82½, Anleihe de 1872 119,15, Ital. 5proz. Rente 84,30, Oesterr. Goldrente 74½, Ung. Goldrente 89½, Russen de 1877 92½, Franzosen 283,75, Lombardische Eisenbahn-Aktien 183,75, Lombard. Prioritäten 270,00, Türken de 1865 10,50, 5proz. rumänische Anleihe 73,50.

Credit mobilier 702, Spamer ext. 17½, do. inter. 16½, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 536, Societe generale 560, Credit foncier 1181, Egypter 312, Banque de Paris 982, Banque d'escompte 795, Banque hypothecaire 625, III. Orientanleihe 61½, Türkenloose 35,50, Londoner Wechsel 65,29.

**Newyork, 26. April.** (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84½, Wechsel auf Paris 5,19½, 5proz. fundirt. Anleihe 103½, 4proz. fundirt. Anleihe von 1877 107½, Erie-Bahn 42½, Central-Pacific 12½, Newyork Centralbahn 131½.

London. Will man eine Steuer einführen, so darf sie für inländische und ausländische Schuldverschreibungen nicht höher sein als die englische, welche ½ pCt. für Fonds beträgt. Für Schlusnoten haben die Regierungen früher einen einheitlichen Satz von 10 Pfennigen vorgeschlagen und dies damit motivirt, daß nur ein solcher Satz eine Belästigung der Betheiligten verhüte und Hintergebungen vorbeuge. Dies sei heute noch in gleichem Maße der Fall. Der jetzige Entwurf enthält aber sechs verschiedene Steuerstufen. Es ist den Betheiligten absolut unmöglich bei der Eile, mit der die Schlusnoten angefertigt werden müssen, Irrthümer zu vermeiden. Die Sätze würden zur Folge haben, daß bei einem großen Theil der Geschäfte auf Schluszettel ganz verzichtet würde. Auch soll man kleine Beträge unter 1000 Mk. ganz freilassen. Hier würde die Steuer nur den kleinen Mann treffen, der seine wenigen Ersparnisse anlegt. Im Uebrigen ist ein einheitlicher Satz zu empfehlen, der dem Vorschlag der zwölf Handelskammern entspreche, eventuell eine Kleinigkeit höher sein dürfte. Dieses System hat sich in England, in Hamburg, in Lübeck bewährt. Wenn in den Motiven gesagt ist, in Frankreich bestünden höhere Sätze, so handelt es sich nach mir vorliegenden Mittheilungen hier nicht um eine Steuer, sondern um eine Gebühr, welche die Makler für ihre eigene Kasse, ohne jede Veration erheben. Auch die Detailbestimmungen über Schlusnoten sind sehr mangelhaft. In dieser Beziehung ist die Eingabe der Berliner Makler sehr beachtenswerth. Die Konservativen sagen immer, die Börse sei nicht besteuert. Lassen Sie mich das Gegentheil an einem Beispiel aus Frankfurt beweisen. Dort zahlen 43,297 Steuerzahler 2,080,000 Mark städtische Einkommen- und Klassensteuer. Von dieser Summe zahlen 642 Steuerzahler die Hälfte, 42,657 die andere Hälfte. Ein großer Theil derselben sind keine reichen Kapitalisten, sondern verdienen ihre Provision oder Maklergebühren von Jahr zu Jahr. Schädigen Sie in der projektirten Weise den Geschäftsverkehr, so weiß ich nicht, wie diese und andere Städte einen großen Theil der Steuern aufbringen sollen. Die Steuer auf Rechnungen trifft die nämlichen Objekte wie die auf Schluscheine nochmals. Ich würde die gänzliche Ablehnung derselben beantragen. Was endlich die Quittungssteuern betrifft, so hat dieselbe mit der Börse und ihren Geschäften nicht mehr zu thun, wie mit dem übrigen Verkehr. Sie kann daher ebensowenig als Börsensteuer bezeichnet werden, als etwa die vom schwedischen Reichstag beschlossene Ordenssteuer. Sie trifft vorzugsweise den Handwerker, den Bauern, den Klein- und Großhändler. Der Bundesrath hat selbst 28 Ausnahmen festgesetzt mit vielen Unterabtheilungen. Um sich in diesem Wirrwarr zurechtzufinden, müßte man immer einen Juristen zur Seite haben. Ein Theil der Quittungssteuer auf Postanweisungen ist bekanntlich vom Bundesrath erst verworfen und erst nach einer Kanzlerkrise wieder angenommen worden. Merkwürdigerweise hatte aber die Präsidialmacht ursprünglich diese Steuer gar nicht beantragt. (Hört!) Ich hoffe, der Reichstag wird diese Last nicht auf die Nation wälzen, sondern die Quittungssteuer mit großer Mehrheit ablehnen. Ebenso die Steuer auf Cheques, welche nur den Geldverkehr unterbinden, dem Sparfuss des Volkes hemmend entgegenstehen würde. Das Chequesystem sängt bei uns erst an sich zu entwickeln. Stören Sie diese Entwicklung nicht. Gegen die Steuer auf Lotterieloose habe ich im Allgemeinen nichts einzuwenden, wenn ich es auch mindestens sonderbar finde, daß man von Lotterielosen eine Reichsteuer erhebt, aber den Vertrieb derselben vom Staat zu Staat verbietet. Am besten wäre es, man würde mit dem etwaigen Ertrage einer Börsensteuer alle Staatslotterien aufheben. Von den allgemeinen Bestimmungen will ich nur den § 45 erwähnen, welcher eine Art von Inquisition bei allen Bankanstalten und Privatunternehmungen zur Folge haben würde. Es soll nämlich gestattet sein, daß Beamte die Bücher derselben fortwährend kontrolliren. Ich beantrage hiernach, den Entwurf einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. Die Kommission möge dasselbe nicht nur in finanz-technischer Hinsicht, sondern auch in seinem Zusammenhange mit den übrigen Steuerprojekten und der Finanzlage des Reiches prüfen. Wenn die Vorlage nicht in dem von mir angedeutetem Sinne reformirt wird, wenn nicht hinreichende Aequivalente gewährt werden, würde ich nicht für dieselbe stimmen können.

Abg. v. Wedell-Malchow: Ich will auf die Steuerreform im Allgemeinen nicht eingehen, muß aber doch bemerken, daß ich bedaure, daß diese Reform nicht wenigstens in der Art klar gelegt wird, daß die einzelnen projektirten Steuern zusammengefaßt, wenn auch nicht in einer Vorlage, so doch in einer gewissen Verbindung mit einander vorgelegt werden; ferner bedaure ich, daß nicht näher bezeichnet wird, wie der bewilligte Mehrertrag der Steuern für die Einzelstaaten zu verwenden sei. In die Vorlage ist manches hineingekommen, was nicht hinein gehört, sondern in einem Separatgesetz erledigt werden kann: die Besteuerung der Lotterieloose und der Quittungen. Was von der Vorlage übrig bleibt, entspricht einem alten Wunsche der Konservativen. Wir nehmen an, daß die Steuer auf Aktien, Schluscheine, Lombard-Darlehen und Chefs das Kapital in seinen einzelnen Erwerbsarten treffen. Wir stehen dem Kapital nicht feindlich gegenüber. Aber so wie die anderen Erwerbsarten neben der Einkommensteuer noch von Extrasteuern betroffen werden, so sollte auch die Börse und das Kapital besonders besteuert werden. Ein Grund für die Steuervorlage ist ferner die Annahme der Militärvorlage. Wenn ich eine Mehrausgabe von 17,000,000 Mark bewillige, so sorge ich als vorsichtiger Finanzier für die Deckung derselben, sonst würde die Militärvorlage ja alles absorbiren, was wir an Ueberschüssen aus den Zöllen erzielen. Ich begrüße die Vorlage mit Freuden, weil sie endlich einen ersten Versuch mit der Besteuerung des Kapitals macht. Ich kann auch versichern, daß die Vorlage durchaus populär ist. — Redner wendet sich nunmehr den einzelnen Positionen zu und glaubt, die Steuer auf Aktien empfehlen zu können, es sei nur die Frage, ob man die Schuldverschreibungen von Kommunen und Korporationen den Aktien gleichstellen solle. Den Kernpunkt der Vorlage bilde die Steuer auf Schlusnoten, die eigentliche Börsensteuer, deren Gerechtigkeit auch der Redner anerkannt habe; man müsse aber diese Steuer nach der Höhe der Geschäfte abstufen, und nicht im Anfange stehen bleiben, wie die Regierungsvorlage. Vielleicht könne man die Skala nach unten hin verlassen, um die ganz kleinen Geschäfte frei zu lassen. Auf die Unbequemlichkeit, welche eine solche Steuer verursacht, sei kein Werth zu legen, denn man habe auf die Unbequemlichkeit, welche den Tabakspflanzern der Ufermark aus der Tabaksteuer erwachse, auch kein Gewicht gelegt. Jedenfalls werde eine kurze Uebung von 8—14 Tagen genügen, um die Skala zu kennen, so daß keine 10 Pf. zu viel gezahlt werden. Allerdings müsse eine scharfe Kontrolle der Börsengeschäfte eingeführt werden, um jede Steuerhinterziehung zu vermeiden. Aber wenn man eine solche Steuer wolle, dann dürfe man nicht mit Glacehandschuhen anfassien. Bei der Steuer auf Lombardgeschäfte habe die Regierung eine Abstufung selbst vorgeschlagen; der Quittungsstempel greife zu tief in die speziellen Verhältnisse ein, er sei nur bei einer finanziellen Noth oder dann einzuführen, wenn man Zug um Zug eine durchgreifende Steuererleichterung durchführen wolle. Jedenfalls sei es aber ungerechtfertigt, daß man die Reichsbank von der Steuer befreien wolle. So lange die Lotterie geduldet werde, sei auch der Stempel auf Lotterieloose nur eine Anforderung der Billigkeit, wenn man andere Verkehrsarten besteuere. Redner bittet, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen, die auch vorzüglich die Frage prüfen solle, wer die wirkliche Zahlungspflicht habe, nicht bloß wer die Stempelabgabe auszuliegen habe.

Die Debatte wird darauf abgebrochen. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Antrag Richter, betr. das Tabaksmopol und andere Anträge.)

bündeten Regierungen keinen Fehl. Aber die Abneigung gegen diese Steuer wird hoffentlich überwinden werden durch das finanzielle Ergebnis derselben, die gleiche Normirung derselben auf den geringen Betrag von 10 Pf. und die Befreiung der Quittungen über Beträge unter 20 Mk. von der Steuer. Das Bedenken, daß der Verkehr durch die Steuer in allzu unangenehmer Weise belästigt werde, wird durch die praktische Erfahrung in England und Frankreich widerlegt, wo man sich leicht an diese Steuer gewöhnt hat. Die Hoffnung ist daher nicht unbegründet, daß der Vorschlag einer solchen Steuer nicht auf einen unempfindlichen Boden falle. Das Ergebnis der Stempelsteuer wird in den Motiven auf 20 Millionen Mark jährlich geschätzt; in Verbindung mit dem aus der Erhöhung der Brausteuer zu erwartenden Mehrertrag ergibt dies 37 Millionen. Die durch das jüngst beschlossene Militärgesetz erforderlichen Mehrausgaben lassen von dieser Summe noch immer 18 bis 19 Millionen zu den Eingangs meiner Rede erwähnten Zwecken übrig. Niemand wird behaupten, daß für die Durchführung der Steuerreform diese Summe nicht erforderlich sei; wohl aber wird von einzelnen Seiten behauptet, daß die Steuerreform in den Einzelstaaten kein Ziel sei, für welches wir von Reichswegen Mittel zu bewilligen hätten. Die Details dieser Reform sind freilich in den Einzellandtagen zu erörtern; was aber die Nothwendigkeit derselben betrifft, so hat der Reichskanzler dieselbe im vorigen Jahre in genügender Weise klargestellt. Der Fürst Reichskanzler bedauert sehr, daß er durch eine Krankheit, die ihn zwingt, jeden Temperaturwechsel zu vermeiden, verhindert ist, heute hier zu erscheinen. In seinem Auftrage soll ich an das erinnern, was er am 2. Mai v. J. von dieser Stelle aus sagte. Die Steuerreform, die er damals zunächst für Preußen entwickelte und begründete, hält er fest als ein nicht bloß ideales, sondern wirklich praktisches Ziel, ein Ziel, das zwar nicht binnen kurzer Zeit ganz erreicht werden kann, daß er aber für jetzt und immer fest im Auge behält. Trotz der Deutlichkeit seiner damaligen Auseinandersetzung hat diese doch vielfach Mißverständnisse und Mißdeutungen erfahren. Ein weit verbreitetes Blatt legt sie so aus, als solle in Preußen die Einkommensteuer wegfallen, oder etwa nur als eine ausgleichende Ergänzungsteuer für ungenügende Finanzverhältnisse bleiben. Diese ganz irrige Meinung wird von einem Theil der Tagespresse ausgebeutet, um in Verbindung mit der Phrase von der Bedrückung des Armen zu Gunsten des Reiches gegen die Politik des Reichskanzlers Propaganda zu machen. Der Reichskanzler wollte durchaus nicht die Grund- und Gebäudesteuer beseitigen, sondern sie den Kommunen überweisen. Er wollte die Klassensteuer beseitigen und das will er noch jetzt. In der Einkommensteuer aber wollte er eine Erleichterung für das nicht fundirte, schwerer erworbene Einkommen namentlich der untern Stufe zwischen 1000 und 2000 Thlr. Einkommen herbeiführen. (Redner verliest zum Beweise dieser Ausführung die betreffende Stelle aus der Rede des Reichskanzlers vom 2. Mai v. J.) Es soll also nur die Klassensteuer abgeschafft und durch indirekte Steuern ersetzt werden.

Abg. Sonnemann: Diese Vorlage hat unter feinem günstigen Sterne das Licht der Welt erblickt. Es ist das sechste Mal, daß der Reichstag sich mit derselben zu beschäftigen hat. Ist auch in dem jetzt vorliegenden Entwurf manches, was man, wenn einmal die Umwidmung der indirekten Steuern gefordert wird, billigen kann, so ist doch sehr vieles andere darin enthalten, was ich als nachtheilig und verwerflich bezeichnen muß. Der Herr Staatssekretär hat erklärt, daß die Vorlage einen Theil des Gesamtplanes des Herrn Reichskanzlers bilde. Was aber von dem Plane dieses Mal den Reichstag beschäftigt, wird es selbst den Freunden der Vorlage schwer machen, für die Vorlage einzutreten. Im vorigen Jahre hat der Reichstag 130 Millionen neuer Steuern bewilligt, jedoch die Verwendung mit einigen Garantien umgeben, die den Einen genügt haben, den Anderen nicht. Jetzt hat man noch keinen Ueberblick über die Erträge dieser Steuern und über die neue Befestigung des Reichsbudgets. Und schon jetzt sind wieder drei neue Steuerentwürfe vorhanden. Einer derselben, die Brausteuer, ist von fast allen Parteien quasi abgelehnt worden; der zweite, die Stempelabgaben, gelangt wenige Wochen vor Schluß der Session an uns. Der dritte, die Wehrsteuer, ruht noch im Bundesrathe. Wie sollte der Reichstag diese Vorlagen als Theile eines einheitlichen Plans behandeln, welche Stellung soll er zu denselben nehmen? Ist nur irgend eine Andeutung gemacht, welche Steuern dagegen aufgehoben, welche den Kommunen oder Einzelstaaten übertragen werden sollen? Hinter den drei Steuern erscheint als drohendes Geipenst das Tabaksmopol, und man sagt, dasselbe werde über uns kommen, wenn wir die Steuern nicht genehmigen. Offenlich wird sich durch dieses Geipenst Niemand einschüchtern lassen. Ich bin überzeugt, die Annahme der Vorlagen würde den Reichskanzler von der Idee des Tabaksmopols nicht abbringen, im Gegentheil, der Appetit kommt im Essen. Früher hat die konservative Partei bei Einführung einer Börsensteuer selbst die Ermäßigung anderer Stempelsteuern angeregt. Die Regierung selbst hat dieselbe als Surrogat für die Einkommensteuer in Aussicht genommen. Jetzt ist hiervon nicht mehr die Rede. Ich erkläre zunächst, daß ich die Steuerfragen im Zusammenhange geregelt sehen will und für keine neue Steuer stimmen werde, bis das Bedürfnis einer solchen nachgewiesen ist oder bis Entlastungen der Steuerzahler in gleicher Höhe gewährt werden. Nur mit diesem Vorbehalte trete ich den Einzelheiten des Entwurfs näher. Die Regierung hat über die Angelegenheit zu viele Entwürfe gemacht und sich dadurch in eine recht üble Lage gebracht. Nicht nur, daß die Steuerfrage für die einzelnen Gattungen hin- und hergeschoben, auch die Motive der verschiedenen Entwürfe widersprechen meist einander. Daraus ergibt sich, daß die Regierung unsicher umhertastet, daß sie sich der Tragweite ihrer einzelnen Forderungen selbst nicht immer bewußt ist. Es hat fast den Anschein, als habe der jeweilige Stand der Börsenverhältnisse auf ihre Entwürfe eingewirkt. Waren die Aussichten günstig, so tette sie hohe Steuern an; in der Zeit der Krise wie z. B. 1873 und 1875 waren die Ansätze dagegen mäßig. Von solchen vorübergehenden Konjunkturen sollte sich aber eine Regierung bei einem dauernden Gesetze nicht beeinflussen lassen. Abgesehen von den Lombarddarlehen, welche sehr hoch besteuert werden sollen, zerfällt die Vorlage in drei Gruppen: 1) Stempel auf Werthpapiere; 2) Stempel auf Umsätze; 3) Stempel auf den Geldverkehr. Am gleichmäßigsten sind in den verschiedenen Entwürfen die inländischen Werthpapiere behandelt. Die Steuer ist ½ Proz. Dieser Satz ist für Aktien schon sehr hoch; ich würde, wie ich schon 1872 vorgeschlagen, eine Steuer vom Reinertragniß über eine gewisse Höhe vorsehen. Absolut abzulehnen erscheint mir aber eine Steuer von 3 Proz. auf inländische Schuldverschreibungen. Diese Steuer würde weniger der Börse, als die Kreise und Kommunen, Handbriefe und Schuldverschreibungen der Sekundärbahnen treffen, da große Bahnen von Privaten wenig mehr gebaut werden. Hier würde die Steuer fast ausnahmslos solche treffen, welche dieselben nur schwer tragen können. Wie mit den inländischen Schuldverschreibungen, so verhält es sich mit den ausländischen. Eine hohe Steuer würde nicht die schlechten Papiere dieser Art ferne halten, sondern die guten. Spanier, Egyptianer, Türken würden gerne ½ Prozent zahlen, Werthe der soliden Staaten würden von unseren Grenzen ferne bleiben. Die Regierungen haben das in den Motiven ihrer früheren Entwürfe ausdrücklich anerkannt und damit einen Satz von 3 pro Mille motivirt, während sie bekanntlich früher 1 Prozent verlangte. Auch hat sie damals die Bedeutung der ausländischen Fonds für die Arbitrage und für die Aufrechterhaltung unserer Währung anerkannt. Jetzt ist von dem Allen nicht mehr die Rede. Es wird im Gegentheil erklärt, daß die früheren Motive unzutreffend seien. Die Hauptfrage aber ist, daß sich in Deutschland in Folge seiner zentralen Lage, in Folge der Tüchtigkeit seiner Kaufleute ein großer Markt für ausländische Fonds gebildet hat, die meist nur Durchfuhrartikel, aber darum für den Verkehr von meist geringerer Bedeutung sind. Dieser Markt würde geschädigt werden, wenn wir eine hohe Durchfuhrsteuer erheben. Es würde sich nach den Klagen ziehen wie Brüssel, Basel, Genf, wo gar keine Steuer besteht, und nach denjenigen, wo die Steuer niedriger ist als bei uns, wie z. B.

Produkten-Course.

Wien, 27. April. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 23,50, fremder loco 23,75, pr. Mai 22,70, pr. Juni 21,40, pr. November 20,05, Roggen loco 19,50, pr. Mai 17,00, pr. Juni 15,70, pr. November 15,05, Hafer loco 16,00, Rüböl loco 26,70, pr. Mai 26,60, pr. Oktober 28,40.

Bremen, 27. April. Petroleum rubig. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,25 Br., per Mai 7,25 Br., per Juni 7,40 Br., pr. August-Dezember 7,85 bez.

Newport, 26. April. Weizen-Verschiebungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach England 106,000, do. nach dem Kontinent 130,000, do. von Kalifornien und Oregon nach England 20,000 Orts., Visible Supply an Weizen 23,812,000 Bushel, do. do. an Mais 15,812,000 Bushel.

Produkten-Börse.

Berlin, 27. April. Weizen per 1000 Kilo loco 200-235 M. nach Qualität gefordert, feiner gelber Märkischer - M. ab Bahn bezahl., per April - bez., per April-Mai 215-216 bezahl., pr. Mai-Juni 214-215 bezahl., per Juni-Juli 208 bis 208 1/2 bezahl., per Juli-August 199-199 1/2 bez., per Sep.-Oktober 195-195 1/2 bezahl., Gefündigt 2000 Zentner. Roggen per 1000 Kilo loco 166 bis 177 M. nach Qualität gefordert. Hafer a. B. bez., inländ. M. ab Bahn bez., Hochfein - M. ab B. bez., feiner - M. ab Bahn bezahl., per April 166-166 1/2 bezahl., per April-Mai 166-166 1/2 bezahl., per Mai-Juni 161 1/2-161 1/2 bez., per Juni-Juli 158 bezahl., per Juli-Aug. 151 1/2-152 bis 151 1/2 bez., per Aug.-September - bez., per September-Oktober 150 1/2 bezahl. - Gefündigt 1000 Zentner. Regulierungspreis 167 M. bez.

Berlin, 27. April. In Wien scheint die Baisse vorläufig zum Stillstand gekommen zu sein; wenigstens war die Notiz für Kreditaktien wieder um einige Gulden höher gegangen. Dagegen lauteten die Meldungen der westlichen Plätze zwar ziemlich fest, aber wenig verändert, so daß jede nennenswerthe Anregung auch am heutigen Tage fehlte. Nach dem Anfang wichen Blaufadengeber jedoch, welche im Zusammenhange mit Zwangsverkäufen die Kurse immerhin bereits beträchtlich gemindert haben, erscheinen Deckungen naturgemäß, und diese ließen auch hier bei Eröffnung des Geschäftes die Kurse etwas anziehen. Besonders hoben sich Kreditaktien um etwa 4 M. und Aktien der Laurahütte um etwa 3 Prozent. Auch Diskonto-Kommandit-Antheile

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 27. April 1880.

Preussische Fonds- und Wechsel-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Staats-Anleihe, Komm. Anleihe) and their corresponding prices in marks and cents.

Rentenbriefe:

Table listing various types of rent certificates (Rentenbriefe) and their market prices.

Dollars

Table showing the exchange rate for dollars, including 500 Gr. and Imperial.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds (Fonds) and their prices.

Table titled 'Komm. u. B. 1.120/5' listing various municipal and state bonds with their prices.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds (Ausländische Fonds) from various countries and their prices.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks (Industrie-Aktien) from various companies and their prices.

Getreide per 1000 Kilo loco 160-203 nach Qualität gefordert. Hafer per 1000 Kilo loco 145-165 nach Qualität gefordert. Ruffischer 149 bis 158 bezahl., Kommerischer 159 bis 162 bez., Ost- und Westpreussischer - bez., Schleischer 160 bis 162 bez., Böhmischer 160 bis 162 bez., Galizischer - bez., per April - M. bez., per April-Mai 143 1/2-144 bez., per Mai-Juni 143 1/2-144 bez., per Juni-Juli 145 B. 144 1/2 G., per Juli-August 142 1/2 bez., per August-Sept. - bez., per September-Oktober 139 1/2-139 1/2 bez., Gefündigt - Ztr. Regulierungspreis - M. bezahl. - Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 170 bis 205 M., Futterwaare 160 bis 168 M. - Mais per 1000 Kilo loco 138-144 bezahl. nach Qualität. Rumänischer - ab Bahn bez., Amerikanischer 138-8 1/2 ab Bahn bezahl. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 31,00-29,00 M., 0: 29,00-28,00 M., 0/1: 28,00-26,00 M. - Roggenmehl incl. Sach, 0: 24,50 bis 23,50 M., 0/1: 23,25 bis 22,25 M., per April 22,90 bezahl., per April-Mai 22,90 bez., per Mai-Juni 22,70 bezahl., per Juni-Juli 22,45-22,50 bezahl., per Juli-August 22,25-22,10-22,15 bez., Gefündigt - Zentner. Regulierungspreis - bezahl. - Weizen per 1000 Kilo Winterweizen 235-244 M. S.D. - bez. N.D. - bez., Winterweizen 230-240 M. S.D. - bezahl. N.D. - bez. - Rüböl per 100 Kilo loco ohne Fass 51,2 M. Rüfing - M., mit Fass 51,5 M., per April 51,5 bez., per April-Mai 51,5 bez., per Mai-Juni 51,5 bez., per Juni-Juli 52,3 bezahl., per Juli-August 53,2 M., per August-Sept. - bezahl. S.D. 55 bez., per Okt.-Nov. - M., per Novbr.-Dezember - M. Gefündigt - Ztr. Regulierungspreis - bez. - Weizenöl per 100 Kilo loco 64 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 24,5 M., per April-Mai 23,1 G., per Mai-Juni - bez., per Juni-Juli - M., per Sept.-Oktober 24,4 B. Gefündigt - Zentner. Regulierungspreis - bezahl. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 60,5 bez., per März-April

und andere spekulative Bank-Aktien, sowie Franzosen und deutsche Eisenbahn-Aktien stellten sich höher. Doch fanden lebhaftere Umsätze fast nur in Laurahütte und Diskonto-Kommandit-Antheile statt. Rumänien gemannen etwa 1/2 Prozent wieder, Bergische und Mainzer lagen fest. Doch entwickelten sich reich wieder zu den gelungenen Kurzen Verkaufslauf, welche die Haltung weniger fest und schwankend erscheinen ließ. Weder die Prämienklärung, noch die Ultimo-Regulierung scheinen einen namhaften Einfluß zu üben. Bei einer gestern vorgekommenen Zahlungs-Einstellung sind nach Bezahlung von etwa 600,000 Mark nur etwa 140,000 Mark unerledigt geblieben. Fremde Renten stellten sich eine Kleinigkeit höher, lagen aber

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks (Bank- u. Kredit-Aktien) from various institutions and their prices.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway common stocks (Eisenbahn-Stamm-Aktien) from various railway companies and their prices.

Industrie-Aktien (continued).

Continuation of the industrial stocks table, listing more companies and their prices.

Eisenbahn-Prioritäten.

Table listing railway preference stocks (Eisenbahn-Prioritäten) from various railway companies and their prices.

Industrie-Aktien (continued).

Continuation of the industrial stocks table, listing more companies and their prices.

60,1 bezahl., per April-Mai 60,1 bezahl., per Mai-Juni 60,1 bezahl., per Juni-Juli 61,1 bezahl., per Juli-August 62,0-61,9 bezahl., per August-September 62,0-61,9 bez., Gefündigt 140,000 Liter. Regulierungspreis 60,1 bez. (S. B. 3.)

Stettin, 27. April. (An der Börse.) Wetter: Leicht bewölkt, + 12 Grad R. Barometer 28,4. Wind: N. Weizen matt, per 1000 Kilo loco gelber inländischer 205-212 M., weißer 206-213 M., per Frühjahr 210 M. nom., per Mai-Juni 207,5-205,5 M. bez., per Juni-Juli 204,5-204 M. bez., per Juli-August - M. bez., per September-Oktober 195-194-194,5 M. bez. - Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loco inländischer 165-170 M., russischer 164-167 M., per Frühjahr 168,5 bis 167,5 M. bez., per Mai-Juni 158-157,5 M. bez., per Juni-Juli 154 M. Br., per September-Oktober 147,5 M. bez., u. Br. - Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco feine Brau- 165-170 M., Dederbruch 160-163 M. - Hafer stille, per 1000 Kilo loco 142-145 M., feiner 146-150 M. - Erbsen ohne Handel. - Winterweizen geschäftlos, per 1000 Kilo loco per April-Mai 238 M. nom., per Septbr.-Oktober 250 M. bez. - Rüböl stille, per 100 Kilo loco ohne bei Riemgerten 54 M. Br., per April - M. bez., per April-Mai 52,5 M. Br., pr. Mai-Juni - M. bez., per Juli - M. Br., per September-Oktober 55,25 M. Br. - Spiritus behauptet, per 1000 Liter loco ohne Fass 60,4 M. bez., per Frühjahr 60,5 M. Gd, per Mai-Juni 60,4 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli 61,3 M. Br. u. Gd., per Juli-August 61,8 M. bez., per August-September 61,8 M. bez., per September-Oktober 57,2 M. bez. - Angemeldet: Nichts - Regulierungspreis: Weizen 210 M., Roggen 168 M., Rüböl 52,5 M., Spiritus 60,5 M. - Petroleum loco 7,65 M. trans. bez., alte Usanz 7,75 M. tr. bez., Regulierungspreis 7,65 M. (Offiz. Ztg.)

sehr still. Gegen baar gehandelte Aktien blieben vernachlässigt und eher matt. Für Anlagewerthe herrschte bei fester Haltung wenig Interesse. Ausländische Eisenbahn-Obligationen wurden als fest bezeichnet. Nachdem sich bis zur Mitte der zweiten Stunde wiederholte Schwankungen geltend gemacht, trat eine minder umfangreichere Erholung auf, welche auf bessere Meldungen aus London und Glasgow zurückgeführt ward. Hamburger verloren 1,25, Konjols 1. - Per Ultimo notirte man: Franzosen 467,50 bis 467 bis 468 bis 467,50, Lombarden 139,50 bis 139, Kreditaktien 464-463-466 1/2-465, Diskonto-Kommandit-Antheile 165-165,10-164,50-165,50. Der Schluß war schmach.

Rechte Oberuf. Bahn

Table listing 'Rechte Oberuf. Bahn' stocks and their prices.

Eisenbahn-Prioritäten (continued).

Continuation of the railway preference stocks table.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign preference stocks (Ausländische Prioritäten) from various countries and their prices.